Berichte über den Kampftag gegen Reaktion und Faschismus Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 5 vom 3. Februar 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Hafenarbeiter empört über Streikbruch der ÖTV-Bonzen

Fünf Tage stand die Streikfront

Montag Nacht. 58% gegen den Verrat der ÖTV-Bonzen, lautet das Ergebnis der Urabstimmung in den Seehäfen. Damit haben die Hafenarbeiter klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht: weiterkämpfen.

Montag Morgen im Hamburger Hafen. Aus den Bahnhöfen der Hochbahn strömen Tausende von Schauerleuten, Kaiarbeitern und Kranführern an den Zollstationen vorbei. Sie sammeln sich in den Einteilungsstellen an den Anlegern und Fähren und Barkassen. Eine besondere Spannung liegt in der Luft. Heute soll nach dem Willen der ÖTV-Bonzen die Arbeit wieder aufgenommen werden, soll wieder geladen und gelöscht werden. Heute, nachdem fünf Tage lang die Streikfront der Hafenarbeiter stand und immer fester wurde.

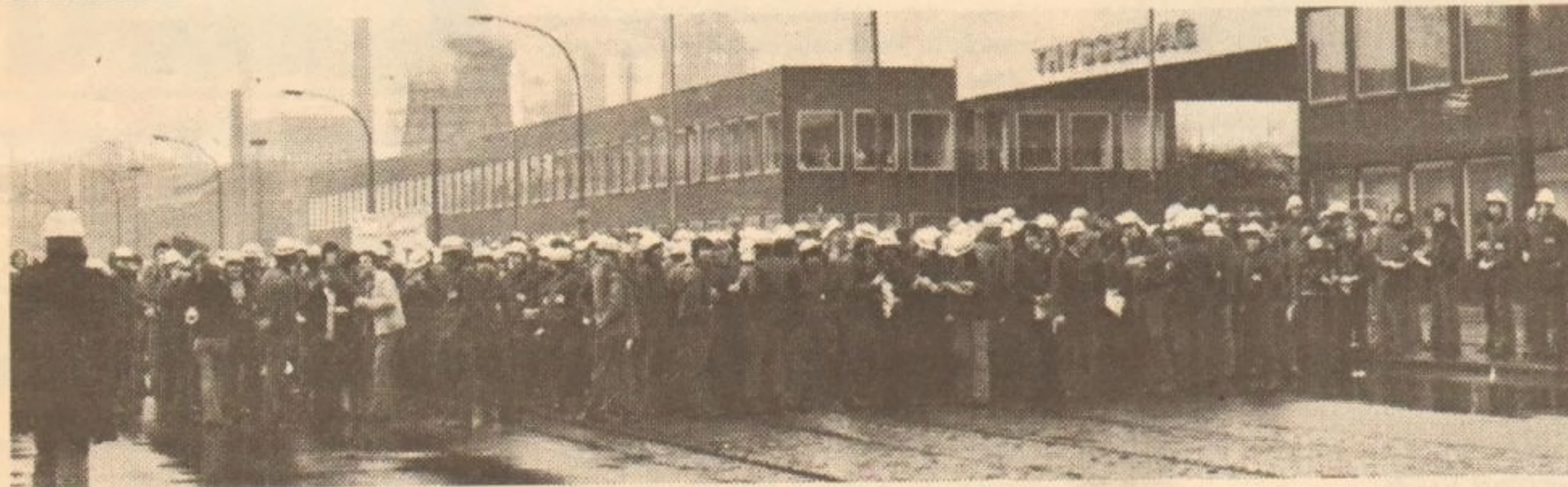
Die Absicht ist deutlich: Sie wollen die Kollegen überrumpeln. Noch bevor sie sich zusammenfinden und über das Verhandlungsergebnis vom Wochenende beraten können, werden sie an die Urnen zur Urabstimmung geschickt. „Ich weiß doch gar nicht, was los ist", entrüstet sich ein Schauermann. „7% haben sie im Fernsehen gesagt. Stimmt das denn überhaupt?" Es stimmt nicht. Was wirklich gelaufen ist, das erfahren die Kollegen aus dem „Roten Handhaken", der Zeitung der Hafenbetriebszelle unserer Partei.

„Nein zu 6,4%!" sagt der „Rote Handhaken". Denn „der Tarifvertrag läuft vom 1. 2. 78 bis 31. 12. 78. Dennoch ist die Rede von einer Lohnerhöhung von 7%. Kollegen, das ist Roßtäuscherei. Die 7% für elf Monate abgeschlossen, bedeuten umgerechnet auf zwölf Monate, auf das Jahr 1978, eine Lohnerhöhung von 6,4%!" Die Kollegen sind empört. „Das machen wir nicht mit!" **Ein Wort ist in aller Munde: „Nein!"** Nein zu diesem hinterhältigen Lohnraubmanöver!

In den Schuppen, auf den Schiffen wird die Arbeit nur zögernd aufgenommen. Wo die Kollegen zusammenstehen, wird über den Lohnraub diskutiert. „Dafür haben wir nicht gestreikt!" Ein Genosse berichtet aus seiner Halle: „90% gegen den Abschluß." Am Burchardt-Kai verabreden Kollegen eine Autodemonstration zum Gewerkschaftshaus. Auch in Bremen und in den anderen bestreikten Häfen machen die Arbeiter ihrer Empörung laut Luft. Im Neustädter Hafen in Bremen bleiben sie bei Schichtbeginn in den Kaffeeklappen sitzen. „Sollen sie uns doch holen kommen."

Noch geht der Kampf um den Lohn weiter. Und schon tut sich eine neue Front auf. Man hört von Maßregelungen der Kapitalisten, die jetzt frech die aktivsten Kollegen vor die Tür setzen wollen. So ist bei Buss der

Fortsetzung auf Seite 3 THH







Über 30.000 Stahlarbeiter streikten in den letzten Wochen. Bild oben: Streik bei Thyssen in Duisburg. 20.000 Hafenarbeiter standen im Streik. Bild rechts: Streiklokal in Bremen. Bild links: Auch die Arbeiter der holzverarbeitenden Industrie streikten zwei Tage lang.

Betriebsratswahlen

RGO-Liste bei BASF

Die Konzernherren und die Herren von der Werksleitung sind geschockt. Auch die Bonzen der IG Chemie spucken Gift und Galle. Was ist passiert bei BASF in Ludwigshafen? Am Montag letzter Woche wurde beim Wahlvorstand für die Betriebsratswahlen eine Liste eingereicht: die „Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition". Die RGO-Liste wurde als erste Liste überhaupt eingereicht. 126 BASF-Arbeiter haben sie unterschrieben (notwendig sind mindestens 100 Unterschriften). Drei Kollegen kandidieren auf der Liste: der 27jährige Maschinenschlosser Karl-Heinz Keßler, der 21jährige Akkordschlosser Robert Stein und der 29jährige Chemiefacharbeiter Fritjof Rausch.

Im Kampfprogramm der revolutionären Liste heißt es unter anderem: „*Wenn Du, Kollege, mit uns der Meinung bist, daß sich die Gewerkschaftsführer und ihre Helfer im Betriebsrat als Fessel erwiesen haben, wenn es um die Durchsetzung unser aller Interessen gegen die Unternehmer ging, wenn Du der Meinung bist, daß wir nicht dem Gewerkschaftsapparat vertrauen dürfen, sondern den Kampf in unsere Hände nehmen müssen, wenn wir unsere Forderungen durchsetzen wollen, dann: Wähl die Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!*"

Fortsetzung auf Seite 4

Haushaltsdebatte im Bundestag

Milliarden für die Monopole

Ende des Monats ging in Bonn die Debatte über den Bundeshaushalt für 1978 zu Ende. Mit 188,6 Milliarden DM an Ausgaben erreicht er einen neuen Rekord. Hinter dieser Zahl verbirgt sich eine zusätzliche Ausplünderung der werktätigen Massen durch den Staat zugunsten der kapitalistischen Monopole.

Finanziert wird der Haushalt im wesentlichen aus dem Steueraufkommen, in diesem Jahr 154 Mrd. DM. Eine fromme kapitalistische Legende behauptet, daß durch die Besteuerung Werktätige und Kapitalisten gleichermaßen betroffen sind. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Monopole verstehen es, ihre Bilanzen derart zu manipulieren, daß nur ein geringer Teil ihrer tatsächlichen Profite versteuert wird. Während in diesem Jahr die Lohnsteuern und Einkommenssteuern — laut Haushaltsplan — über 55 Mrd. DM betragen, ergeben die Steuern, die hauptsächlich die Kapitalisten betreffen nur etwas über 40 Mrd. DM, wovon der größte Teil aber auch noch von den kleineren und mittleren kapitalistischen Unternehmungen kommt, so daß das Steueraufkommen der großen Monopole außerordentlich gering ist. Ganz zu schweigen davon, daß die Monopole dafür berüchtigt sind, Steuerschulden zu machen, die in die Milliarden gehen. Der Anteil an direkten Steuern, der über 30 Mrd. beträgt, betrifft zu 9/10 die werktätige Bevölkerung, da er auf den Verkauf von Massenbedarfsartikeln erhoben wird wie Tabak, Kaffee, Benzin usw. Die Erhöhung der indirekten Steuern ist ein beliebtes Mittel kapitalistischer Regierungen, die Steuerlast von den Monopolen auf den Rücken der werktätigen Massen umzuverteilen.

Fortsetzung auf Seite 2

Stammheim-Untersuchung

Das Ergebnis steht seit langem fest

Der Untersuchungsausschuß des Stuttgarter Landtages gibt sich die größte Mühe, die Spuren zu verwischen. Denn das Ergebnis steht von Anfang an fest: „Selbstmord". Die Souffleure auf der Regierungsbank und vom Staatsschutz haben diese Sprachregelung bereits am Morgen des Massakers in Stammheim ausgegeben. Und so wundert es nicht, daß dieser Ausschuß nichts anderes macht, als angebliche Beweise für einen „Selbstmord"zusammenzutragen und die Wahrheit zu unterdrücken.

Allerdings irrt sich die Regierung, wenn sie glaubt, mit diesem Schauspiel die kritischen Stimmen im In- und Ausland ersticken zu können. Denn das Massaker in Stammheim ist für viele ein deutliches Zeichen für die Faschisierung dieses Staates, für den konterrevolutionären Terror, den dieser Staat über die politischen Gefangenen ausübt.

Völlig offen hatte die Bourgeoisie Tage vor dem Tod der politischen Gefangenen die „Endlösung" propagiert. So hatte Golo Mann am Tage vor dem 18. Oktober in „Panorama" gefordert, politische Gefangene als „Geiseln" zu erschießen. Einen Tag später, also am Todestag, schrieb die „Frankfurter Allgemeine": „Wäre es nicht an der Zeit, über ein Notrecht gegen Terroristen nachzudenken?" Und die „Bild"-Propaganda wird

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

Betriebsratswahlen bei Opel/Bochum: Schmutziges Manöver der IGM-Funktionäre 4
Stahltarifrunde: 30.000 an Warnstreiks beteiligt 5
Thyssen/Hamborn: 2.000 Kollegen vor Tor 1 5
Die Warnstreiks ausweiten 5
Zu Besuch in Polen 6
NPD-Kundgebung, Hannover: Polizisten schützen die Faschisten 7
Kitzingen: „Nazis raus aus unserer Stadt!" 7
Explosion der Sozialmieten 8
Stuttgart: 10.000 Unterschriften für den Erhalt einer Kinderklinik 8
Die KP Brasiliens begrüßt die gemeinsame Erklärung 10
Für Spaniens Freiheit, Reportage, Teil 3 11

Worte und Taten

Bonn will den Frieden, beteuerte Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung. Und bekräftigte in diesem Zusammenhang den Grundsatz der Bundesregierung, niemals Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.

Zu diesem Zeitpunkt war gerade eine Woche vergangen, seit derselbe Kanzler Schmidt bei seinem Besuch in Ägypten Somalia einen Kredit über 25 Millionen DM zugesagt hatte. 25 Millionen, die, wie es sofort die Spatzen von den Dächern pfiffen, für den Kauf von Waffen verwandt werden. Natürlich versucht die Regierung sich jetzt damit herauszureden, daß diese 25 Millionen schließlich keine Waffen seien. Aber — mal ganz abgesehen davon, daß bereits heute „leichte Waffen deutscher Produktion" in Somalia gesehen worden sind, von denen natürlich niemand weiß, wie sie da hingekommen sind — worin besteht denn faktisch noch der Unterschied zwischen Geld- und Waffenlieferungen, wenn in dem Kreditvertrag, der jetzt mit Somalia abgeschlossen werden soll, ganz bewußt auf die sonst übliche Verpflichtung über die Vorlage einer Warenliste verzichtet wird? Wie Bonn es auch dreht und wendet. Die Tatsachen beweisen, daß die westdeutschen Imperialisten sich nur in Worten als Friedensstifter geben. Ihre Taten weisen sie als Kriegstreiber aus.

Enge Freundschaft

HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit). Das ist der Name der Nachfolgeorganisation der SS, die nach der Niederlage des Hitlerfaschismus als „kriminelle Vereinigung" verboten wurde. Jetzt mußte das Kriegsministerium in Bonn zugeben, daß Offiziere der Bundeswehr enge und offizielle Kontakte zu dieser faschistischen Organisation pflegen. So legte am 12. 3. 76 eine Abordnung der Bundeswehr einen Kranz zu Ehren des früheren SS-Offiziers Rebane nieder. Ein Oberstleutnant der Bundeswehr hielt eine offizielle Grußansprache auf dem hessischen Frühlingsball der HIAG. Ein anderer Bundeswehroffizier stand bei einer HIAG-Veranstaltung in Sonthofen Ehrenposten.

Typisch für diese und zig andere Fälle dieser Art ist folgende „Entschuldigung" des Bonner Kriegsministeriums: Man hat nichts gegen die Zusammenarbeit mit offen faschistischen und revanchistischen Organisationen. Und wenn diese Zusammenarbeit den empörten Werktätigen zu Ohren kommt, dann sagt man eben, man hat „irrtümlich" nichts dagegen...

Diese Haltung der Bundeswehrführung gegenüber der HIAG ist nicht verwunderlich. Schließlich waren fast alle Generäle der Bundeswehr Nazis — wie Maisière, wie Kielmannsegg, wie Steinhoff, Speidel, Trettner usw. Die Bundeswehr, diese angeblich so demokratische Armee, rekrutierte sich bei ihrer Gründung hauptsächlich aus Leuten ihres Schlages. Denn sie schienen den westdeutschen Imperialisten am besten geeignet, die Armee aufzubauen, wie sie sie brauchten: Mit einem demokratischen Image, sicher, aber mit dem gleichen Zweck wie früher. Zum Einsatz gegen die kämpfenden Werktätigen im eigenen Land und zur Aggression gegen andere Völker.

Steuerhinterziehung

Der CSU-Abgeordnete Drachsler sprach beim Leiter der Steuerabteilung des bayrischen Finanzministeriums „für eine Viertelstunde" vor. Ergebnis: Ein Bodenspekulant braucht zwei Millionen Mark Steuernachzahlung plus Versäumnisschulden nicht zu bezahlen. Sie wurden ihm „für die nächsten Jahre" erlassen. Tandler, CSU-Generalsekretär, setzte sich in gleicher Weise für das Versandthaus Quelle ein. Staatssekretär Sackmann für den TSV 1860 München. Einmal wurden 900.000 Mark Steuerschulden „übersehen". Ein andermal für die Rückzahlung von 1,3 Millionen Mark Steuerschulden (bei einem Reinvermögen von 50 Mio. DM) Monatsraten von 50.000 DM eingeräumt. Ein drittes Mal von 430 000 DM Steuerschulden 210.000 DM erlassen, weil das zur Sanierung des „total überschuldeten" Mannes notwendig gewesen sei. (Der Mann verdiente 300.000 DM im Jahr!)

Wie man sieht, brauchen die Reichen selbst die wenigen Steuern, die sie nach dem Gesetz zahlen müßten, nicht zu zahlen. Es reicht, wenn ein Abgeordneter „für eine Viertelstunde" vorspricht. Und das Finanzamt drückt beide Augen zu. Empörende Fälle von Korruption, meinen Sie? Unsere Volks(zer)treter sehen das anders. So kann etwa der bayrische Landtagspräsident Hanauer nichts Unrechtes an diesen Vorgängen entdecken. Er erklärte in einem Brief an die „Süddeutsche Zeitung", die diese Korruptionsfälle aufdeckte: Schließlich hätten alle Bürger das Recht, ihre Abgeordneten um Hilfe zu bitten (!).

Kann es einen da wundern, daß der Fraktionsvorsitzende der CSU in Bayern bereits erklärte, die CSU-Abgeordneten würden sich auch in Zukunft das Recht auf solche „Kontakte" nicht nehmen lassen?

Milliarden für die Monopole

Fortsetzung von Seite 1

Wenn ein großes demagogisches Geschrei um die Neuverschuldung erhoben wurde, die in diesem Jahr fast 31 Mrd. DM erreichte, dann soll das nur davon ablenken, daß die Verschuldung der Staatskasse eine normale Begleiterscheinung der kapitalistischen Profitwirtschaft ist. Denn die Monopole, die Nutznießer der Staatsausgaben, können den Hals nicht voll genug kriegen. Was soll man von solchen Typen wie Strauß und Co. halten, die sich im Bundestag hinstellen und damit drohen, das Bundesverfassungsgericht wegen der Übertretung der Verschuldungsgrenze anzurufen, während sie gleich darauf wieder in den Aufsichtsräten ihrer Rüstungskonzerne sitzen und als deren Vertreter vom Staat Subventionen und öffentliche Aufträge verlangen? Für die werktätigen Massen bedeutet die Verschuldung nur, daß Steuererhöhungen auf sie zukommen werden, um die Schulden plus Zinsen wieder zu tilgen.

Die Anleihen dienen im wesentlichen dazu, die Militarisierung der Wirtschaft und die Rüstungsproduktion in die Höhe zu schrauben. Der offizielle Verteidigungsetat wird mit 35 Mrd. DM angegeben. In Wirklichkeit sind Rüstungsausgaben aber in anderen Posten des Inneren, der Wirtschaft, der Entwicklungshilfe, der Forschung und Technologie, der „Zivilverteidigung", der Besatzungskosten u. a. verschlüsselt enthalten. Die gesamten Ausgaben für die Aufrüstung des westdeutschen Imperialismus erreichen fast 55 Mrd. DM, also fast ein Drittel des ganzen Haushalts.

Allein über 3,2 Mrd. DM gibt die Bundesregierung offiziell für den Ausbau des Unterdrückungsapparats wie Polizei- und Justizapparat aus. Das sind allerdings nur die Ausgaben des Bundes. Die Gemeinden und besonders die Länder zahlen noch weitaus mehr. Die militärische Ausrüstung der Polizei, die Umrüstungen auf großkalibrige Handfeuersysteme, der Aufbau von polizeilichen Sondereinheiten wie die GSG 9, die Computerkartei des BKA zur systematischen Überwachung der Bevölkerung, die Haft-Festungen à la Stammheim, alle diese brutalen Unterdrückungsinstrumente zur Niederhaltung der werktätigen Massen, sie präsentieren sich im Bundeshaushalt als Rechnung, die von den Massen selbst bezahlt werden muß.

Über 10 Mrd. DM sind im Haushaltsplan schon offiziell als Subventionen und Zuwendungen für die private Wirtschaft — sprich: die Monopole — vorgesehen. Der CDU/CSU war das noch nicht einmal genug. Lauthals forderte sie die „Belebung der Investitionsbereitschaft" der Monopole. Dem diente auch ihre demagogische Forderung nach Steuererleichterungen „für Arbeiter und Unternehmen". Gemeint sind natürlich vor allem die Unternehmen. Die Arbeiter werden nur zu demagogischen Zwecken in diese Forderung aufgenommen, denn die CDU/CSU hat während der ganzen Debatte keine Gelegenheit ausgelassen, sich als die Partei des kleinen Mannes zu profilieren, um die Regierung wieder übernehmen zu können, wenn die andere Partei der Monopolbourgeoisie, die SPD, vollends abgewirtschaftet hat.

Aber selbst die direkten Zuwendungen für die Privat-Industrie sind nur die Spitze des Eisbergs. Fast alle Ausgaben des Bundes, selbst viele Sozialausgaben, fließen als öffentliche Aufträge zum großen Teil in die Taschen der Monopole. Ausgaben für die werktätige Bevölkerung gehen nicht über das Notwendigste hinaus. So wird z. B. der Gesundheits- und Familienetat mit 16,1 Mrd. DM angegeben. Wenn man bedenkt, daß in dieser Zahl das zu zahlende Kindergeld von 15,4 Mrd. DM enthalten ist, kann man sich ausrechnen, was für die Förderung des Gesundheitswesens und des Jugendbereichs noch übrigbleibt. Ähnlich steht es mit dem Etat des Arbeits- und Sozialministeriums, das im wesentlichen aus den Beiträgen des Staates für die Sozialversicherung besteht.

Jeder kapitalistische Staatshaushalt wie auch dieser Bundeshaushalt ist ein Mittel der herrschenden Klasse, über die normale Ausbeutung hinaus zusätzlich die Werktätigen auszuplündern und die Monopolbourgeoisie noch mehr zu bereichern. Das wird erst anders durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in der sozialistischen Revolution.

Carters Schwur



Bei Gott und allen Heiligen schwor US-Präsident Carter bei seinem Amtsantritt vor rund einem Jahr, daß nun alles anders werde. „Abrüstung", „Atomwaffenstop", „Stop der Kernwaffenversuche" usw. waren die Schlagworte, mit denen Carter der Welt als „Friedenspräsident" verkauft werden sollte. Jetzt hat Carter seinen Vorschlag für den US-Haushalt vorgelegt. Um 10% soll der Rüstungshaushalt steigen. Das ist die höchste Steigerung seit Jahren (24% des Gesamthaushalts). Auf 115,2 Mrd. Dollar wird danach der Militärhaushalt anwachsen.

Die Leidtragenden sind nicht nur die amerikanischen Werktätigen, sondern auch wir. Denn ein beträchtlicher Teil dieser Milliarden soll für die weitere Verstärkung der amerikanischen Besatzungsmacht in Westdeutschland verwandt werden.

Kurz berichtet

Kampftag gegen Reaktion und Faschismus

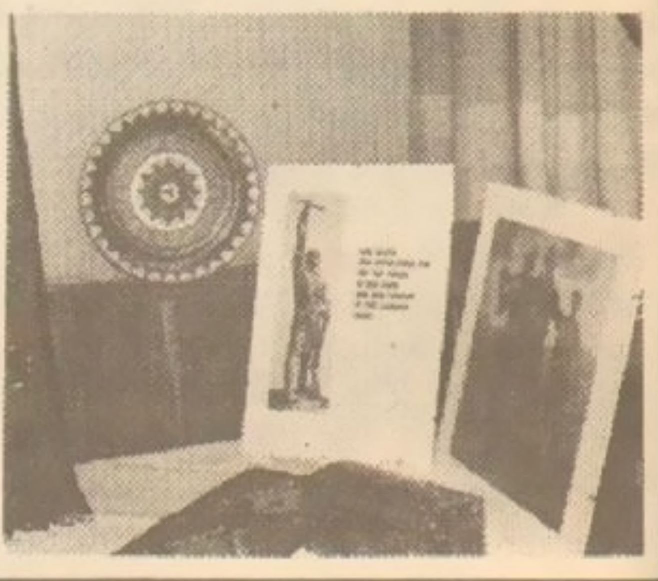
Überall in der Bundesrepublik und in Westberlin haben die Genossen der Partei und der Roten Garde den ganzen Januar über Flugblätter verteilt, Kundgebungen und Veranstaltungen abgehalten und Aktionen durchgeführt, um möglichst viele Menschen für die Fackeldemonstrationen am 30. Januar, dem Kampftag gegen Reaktion und Faschismus, zu mobilisieren.

In hoher Auflage ist an den Betrieben, in den Stadtteilen, an den Schulen und Universitäten ein zentrales Flugblatt verteilt worden. An den Betrieben wurde außerdem das Flugblatt „Nur Kriecher wollen sie als Betriebsräte" verteilt, in dem das empörende Urteil des Bundesarbeitsgerichts gegen Bernd Woitalla, der von seinen Kollegen zum revolutionären Betriebsrat auf der Howaldts-Werft in Kiel gewählt war, angeprangert wird. Das Flugblatt schließt mit dem Aufruf, sich an der Demonstration am 30. Januar zu beteiligen. In zahlreichen örtlichen und betrieblichen Flugblättern, durch Aufkleber und Parolen haben Partei und Rote Garde außerdem dazu aufgerufen, die Veranstaltungen zu besuchen, die in den Tagen vor dem 30. Januar in zahlreichen Orten stattgefunden haben. Dabei wurde gleichzeitig auch für die Demonstrationen mobilisiert.

Auf vielen der Veranstaltungen wurden revolutionäre und antifaschistische Filme gezeigt. So z. B. in Leverkusen der antifaschistische Film „Rat der Götter", der die Rolle des berüchtigten Chemiekonzerns IG Farben bei der Errichtung der Hitlerdiktatur darstellt. In Bochum, Witten, Dortmund und anderen Städten wurde der Film „Nackt unter Wölfen" gezeigt. Dort, wo kein Film gezeigt werden konnte, sprachen Redner der Partei über die politische Unterdrückung und zunehmende Faschisierung und prangerten die Verantwortlichen — das Finanzkapital und seinen Bonner Staat — an. Sie riefen zum Kampf gegen die Faschisierung und die drohende Gefahr eines neuen 1933 auf. In zahlreichen Orten wurden die Veranstaltungen durch Darbietungen der Agitproptrupps der Partei umrahmt.

Oberhausen

Über 30 Besucher kamen am 16. 1. zu einer Albanienveranstaltung der Ortsgruppe Oberhausen der KPD/ML. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Reisebericht mit vielen Dias und Tonbandaufnahmen von Besuchen in einem Kindergarten, einem Aktionistenlager und bei einem Folkloreabend. Anschließend gab es eine lebhafte Diskussion. Ein großer Teil der Besucher unterzeichnete eine Protestresolution gegen das geplante Berufsverbot gegen Rainer Roth, der im November 1977 Kontaktadresse der Gesellschaft der Freunde Albaniens war. Umrahmt wurde die Veranstaltung von einer Ausstellung albanischer Kunst.



Offen gesagt ...

Hinterhältiges Manöver

Als die Stahlkapitalisten ihr provokatives 1,75-Prozent-Angebot auftischten, verteilte die IG Metall vor den Stahlbetrieben ein scheinbar radikales Flugblatt „Tarifinformationen 2". Hinter dem radikalen Gehabe aber startete der IGM-Apparat einen üblen und hinterhältigen Angriff auf den Kampf der Arbeiterklasse. Da konnten die Kollegen lesen: „Die Unruhe in den Betrieben ist wahrlich nicht mehr zu übersehen... Das sollten die Arbeitgeber endlich begriffen haben. Oder suchen diese im Jahre 1978 wie einst vor 50 Jahren bewußt den Konflikt mit dem Ziel, Zehntausende auszusperren und die Krise damit zu provozieren? Streben sie gar eine Wiederholung der Folgen von 1928 an?" Nach 1928, so schreibt das IGM-Blatt an anderer Stelle, folgte die Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit allerorten. Hierauf folgte schließlich das Hitlerregime mit seinen verheerenden Folgen. Und das Ganze unter der Überschrift „Haben die Unternehmer aus der Vergangenheit etwas gelernt?"

Diese Sätze sollte man zweimal lesen. Hier wird stillschweigend geleugnet, daß die Monopolkapitalisten, darunter vor allem die Stahlindustriellen, die faschistische Diktatur mit Hitler errichtet haben und Millionen deutscher Arbeiter terrorisiert und ermordet haben. Die IG Metall stellt stattdessen die Stahlkapitalisten als Leute hin, die durch Uneinsichtigkeit und Kurzsichtigkeit unter ein faschistisches Regime gerieten, fast als Opfer des Faschismus. Besonders hinterhältig aber ist die Behauptung der IG Metall, die Arbeiter hätten durch ihre Kampf für höhere Löhne, auf den die Unternehmer mit Aussperrung reagierten, Konflikt und Krise mitproduziert, die zu Massenarbeitslosigkeit und Faschismus geführt hätten.

Der Apell an die „Lernfähigkeit" der Unternehmer, es nicht zu Unruhe und Streiks in den Betrieben kommen zu lassen, für Ruhe zu sorgen, sonst drohe Krise und ein neuer Faschismus, bedeutet nichts anderes, als den Massen die Verantwortung für die faschistische Diktatur in die Schuhe zu schieben. Dabei waren es die Thyssen, Krupp und Kumpane, die mit dem Blutregime von Hitler den revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse abwürgen wollten, die mit dieser Terrorherrschaft die Krise ihrer kapitalistischen Wirtschaft zu lösen versuchten. Für die Arbeiter heißt die Lehre aus der Vergangenheit, in der Krise nicht im Kampf nachzulassen, sondern gegen Krise und Faschisierung anzukämpfen mit dem Ziel, dieses System von Ausbeutung und Unterdrückung zu stürzen!

Bisher haben Revisionisten und Gewerkschaftsbonzen die RAF oder auch „Linksradikale" für die Faschisierung verantwortlich gemacht. Ihre militanten Kämpfe würden Reaktion und Faschismus heraufbeschwören. Mit diesem Flugblatt versucht die IG Metall nun auch die Arbeiterklasse mit dem Argument anzugreifen, Streiks führten zu Krise und Faschismus. An dieser Hetze zeigt sich: Der Gewerkschaftsapparat verschleiert nicht nur die Verantwortlichen für den Faschismus und entwaffnet damit die Arbeiterklasse ideologisch im Kampf gegen den Faschismus, er ist auch durch die Abwiegelung und Unterdrückung der Kämpfe ein direkter Wegbereiter einer erneuten faschistischen Diktatur der westdeutschen Monopolbourgeoisie!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Hafenarbeiterstreik: 5 Tage stand die Streikfront

Fortsetzung von Seite 1

Kollege Jürgen Dibbern, Sprecher der Kollegen der Container-Reparatur, entlassen worden, weil er als Streikposten das Betriebsgelände betreten haben soll.

So hatte es begonnen:

Am letzten Mittwoch zogen zur ersten Schicht in den meisten großen Häfen der Küste die Streikposten auf. Nahezu 100% der Kollegen, die sich an der ersten Urabstimmung beteiligten, hatten den Streik gefordert. Empört über die unverschämten Angebote der Hafenkapitalisten, über den Schlichtungsspruch von 5% machten sie ihren klaren Willen deutlich. **„Keine Verhandlungen mehr, jetzt muß gestreikt werden. Kein Schiff darf mehr angefaßt werden!"**

Der ÖTV-Apparat hat diesen Streik nicht gewollt. „Den Arbeitskampf abzuwenden und größere Unannehmlichkeiten für die Bevölkerung zu vermeiden", das war sein erklärtes Ziel. Unannehmlichkeiten? Für wen denn? Für die Kapitalisten war dieser Streik tatsächlich unangenehm. Aber die Hafenarbeiter, die übrigen Werktätigen der Küste, sie dachten ganz anders darüber. Die Schauerleute und Kaiarbeiter müssen tagtäglich in den Schächten der Schiffe, in den Schuppen schwerste Arbeit verrichten. Und kaum einer ist unter ihnen, der nicht doppelte Schichten arbeiten muß, um überhaupt mit dem Geld rumzukommen. In kleineren Häfen, wie in Emden z. B., müssen die Kollegen bis zu 80 Stunden in der Woche schuften, um mit 1.500 DM netto nach Hause zu gehen. Und immer schärfer wird rationalisiert. Zehntausende von Arbeitsplätzen sind allein in Hamburg nach dem Krieg vernichtet worden, obwohl die umgeschlagene Tonnage von Jahr zu Jahr stieg und im letzten Jahr eine Rekordhöhe erreichte.

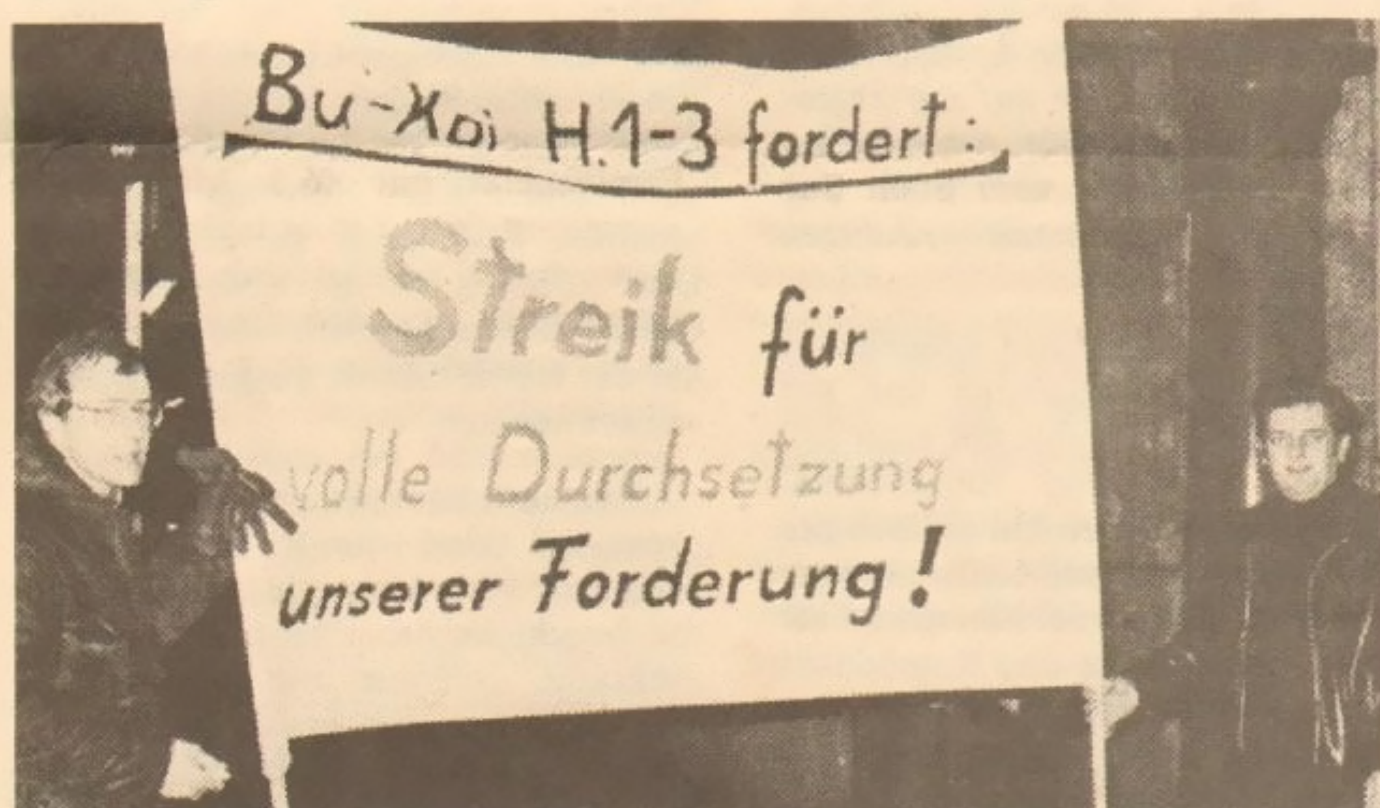
Die Hafenarbeiter sind in den Streik getreten, um sich gegen diese Angriffe auf ihre Lebenslage zur Wehr zu setzen. Und nicht nur die organisierten, auch die unorganisierten Kollegen stehen hinter dem Kampf. Ein Arbeiter, der schon vor Jahren aus der ÖTV ausgetreten ist und während der Streiktage keinen Pfennig Geld bekommt, sagte: „Ich bin dabei, solange wie der Streik läuft." Er hat sicher für viele gesprochen.

Wenn die ÖTV-Bonzen von „Unannehmlichkeiten" für die Bevölkerung schwätzen, dann reihen sie sich nur ein in den Chor der bürgerlichen Anti-Streik-Hetze. Von Millionen Hähnchen war die Rede, die verhungern müßten, von 20.000 Arbeitsplätzen in allen Bereichen, die durch den Streik gefährdet würden, von den Gemüsepreisen, die jetzt unweigerlich steigen würden usw. Aber all das hat nichts genützt. Die reaktionäre Hetze konnte die Front der Solidarität und Unterstützung nicht brechen. In den Betrieben wurde der Kampf der Hafenarbeiter mit Sympathie verfolgt, Solidaritätsresolutionen wie z. B. bei NSI an die Streikenden gesandt.

Streikbruch!

Und von Tag zu Tag wuchs in den Häfen die Kampfbereitschaft, wurde die Streikfront immer fester. Die Kollegen mußten sich zur Wehr setzen gegen die Kapitalisten, diese Front zu durchbrechen. Da gab es in den bestreikten Häfen ganze Bereiche, in denen weitergearbeitet wurde. Der Umschlag von NATO-Ausrüstungen in Bremerhaven z. B. Oder an anderen Orten Erz, Getreide und Futtermittel.

Aber wer hatte diese Lücken in die Streikfront gerissen? Es waren die ÖTV-Bonzen, die großzügig den Kapitalisten eine Sondergenehmigung nach der anderen ausstellten. Streikposten berichten, daß LKW's an die Kais durchbrechen wollen. Sie kommen einmal, zweimal, werden angehalten, zum Umkehren gezwungen. „Und dann sind sie wieder da, und die Fahrer ziehen eine Sondergenehmigung aus der Tasche." Das bedeutet: Sie haben von der sogenannten Streikleitung der ÖTV die offizielle Erlaubnis zum Streikbruch bekommen. Die Kollegen sind empört. „Wofür stehen wir denn hier? Da können wir ja gleich spazieren gehen."



1. Streiktag: Zwei Kollegen vom HHLA-Container-Terminal trugen diese Parole zum Gewerkschaftshaus.

Und wie ist es mit den Streikposten selbst? Die ÖTV unternimmt nichts zu ihrer Organisierung. Kollegen, die sich melden, werden nicht eingeteilt oder hingehalten. **Es sind schließlich die Hafenarbeiter selbst, die die Sache in die Hand nehmen.** Einige fahren von den Kais zum Gewerkschaftshaus und rufen die anwesenden Kollegen auf, die Posten zu stärken. Ein Arbeiter holt sich einen Tisch heran, malt sich ein Schild „Streikposteneinteilung" und beginnt von sich aus, die Kollegen an den Brennpunkten des Streiks einzuteilen.

Der Kampf bei Holzmüller

Den Hafenarbeitern ist klar: Nur durch aktiven und harten Widerstand kann Streikbruch verhindert werden. Bei Holzmüller, im Hamburger Hafen. Am Donnerstag sind hier noch Busse mit Streikbrechern durchgebrochen. Am Freitag stehen schon 50 Arbeiter hier. Heute soll keiner durchkommen. Peterwagen tauchen auf, fahren langsam vorbei, halten in der Nähe. Sieben sind es schließlich, die die Streikbrecher durchschleusen wollen. Ein Mercedes kommt heran, fährt rücksichtslos durch die Kette. Mit den Stahlkappen ihrer Sicherheitsschuhe treten die Arbeiter die Türen ein. Die Polizisten werden beschimpft: „Streikbrecher durchlassen, das könnt ihr." „Faß mich nicht an, du Idiot!" droht ein Kollege. Die Polizisten halten sich zurück. Sie machen dem ÖTV-Bonzen Schöne Platz, der auf die Arbeiter einschreit: „Das dürft ihr nicht machen. Ihr kriegt Anzeigen."

Die ÖTV hat an die Streikposten ein unverschämtes Merkblatt verteilt, in dem sie aufgefordert werden, den Anweisungen der Polizisten zu folgen, „die zum Teil auch in der Gewerkschaft ÖTV organisiert sind." So wollen sie den kämpfenden Arbeitern die Büttel des Staates als Kollegen verkaufen. Und das, was diese Büttel als Anweisungen für die Streikposten parat haben, nämlich dem Streikbruch ohne Widerstand zuzusehen, das steht auch in den Anweisungen des ÖTV-Apparats. Da heißt es: Jede Gewalttätigkeit unterlassen. Keinerlei Sachbeschädigung, keine Drohungen oder Beleidigungen. Arbeitswillige dürfen nicht am Betreten des Betriebs gehindert werden. Leitende Angestellte ebenfalls nicht usw. usf. Das einzige, wogegen die Kollegen nach dem Willen dieser Herren aktiv werden sollen, das ist die sogenannte „illegale Agitation". Das sind „Gewaltakte". Und da sollen die Kollegen dann sofort Meldung machen.

Aber so wie sich die Herren das vorstellen, so läuft es nicht. Weder die Anweisungen des Apparats noch der persönliche Einsatz der Bonzen können verhindern, daß am Samstag schon 100 Kollegen vor Holzmüller stehen, bereit, die Bresche in der Streikfront endgültig zu schließen. Ein Containerwagen fährt heran und wird gestoppt. Was er geladen hat? „Knäckebrot", sagt der Fahrer. Geübte Hände klopfen den Container ab. Er klingt merkwürdig hohl.

Die Sache kommt den Kollegen nicht geheuer vor. „Da können ja welche drinsitzen", sagt einer. Die Plomben werden aufgerissen. Aber die Ladung, die sich bis an die Decke staut, ist nicht so einfach zu kontrollieren. „Da hilft nichts", sagt ein Streikposten, „du mußt zurückfahren." Dann kommt ein PKW, eskortiert von Peterwagen. Aber auch hier gibt es kein Durchkommen. Immer wieder versuchen Streikbrecher mit Gewalt durchzubrechen. Mehrere Kollegen sind schon verletzt worden bei solchen Gangsteraktionen. So auch an diesem Tag bei Holzmüller. Ein nautischer Offizier rast mit seinem Wagen heran, nimmt zwei Arbeiter auf die Kühlerhaube. Aber einer von ihnen reißt noch im Fallen die Tür auf. Andere Kollegen kommen heran. Der Wagen wird gestoppt, der Streikbrecher herausgezerrt. Wieder sind es ÖTV-Bonzen,



1) Ein Peterwagen versucht, einen Streikbrecher bei Holzmüller einzuschleusen.



2) Der Streikbrecher ist gestoppt.

die sich zwischen die empörten Kollegen und den Streikbrecher werfen, die verhindern, daß er seine Lektion bekommt.

Die Kollegen treten auch ihrem Kapitalisten und seinen leitenden Angestellten entgegen. Trotz Gezeter — auch für diese Herren gibt es kein Durchkommen. Und das, obwohl der Holzmüller-Boß hinterhältig die Streikposten fotographiert. Jeder weiß, was das bedeutet. Aber es weicht keiner zurück.

Wachsendes Interesse an der RGO

Und mit jedem Tag wächst auch die Verbitterung über die Streikleitung im Gewerkschaftshaus. Zigmal haben die Arbeiter z. B. gefordert, daß Maßnahmen ergriffen werden, um das Anlanden von Barkassen mit Streikbrechern zu verhindern. Aber nichts geschieht. Jetzt im Kampf zeigt sich deutlich, wer wirklich auf ihrer Seite steht. Da sind z. B. die DKP-Revisionisten, die sich als Vertreter der Arbeiter aufspielen. Aber was unternehmen sie denn, um die Streikbruchtaktik der ÖTV-Bonzen zu bekämpfen? Nichts! Sie orientieren die Arbeiter auf den reaktionären Apparat, wollen ihnen einreden, daß er ihren Kampf schon siegreich führen würde. Und sie haben sogar die Stirn, vor den Kollegen zu verteidigen, daß trotz des Streiks ein DDR-Schiff mit dem zynischen Namen „Völkerfreundschaft" mit ÖTV-Sondergenehmigung in den Hafen geschleppt wird. Aus allen Rohren dagegen hetzen sie im Chor mit den ÖTV-Bonzen und der Lügenpresse des Kapitals gegen unsere Partei, die nach allen Kräften den Kampf der Hafenarbeiter unterstützt.

Was macht denn diesen Leuten solche Angst? Es ist die Tatsache, daß viele Arbeiter im Kampf die Rolle der Verräter in den eigenen Reihen besser durchschauen. Es sind solche Stimmen wie die eines Streikpostens vom Uni-Kai, der sagte: „Hier müßte eine kommunistische Gewerkschaft her."

Die Genossen der Parteizelle im Hafen haben solche Stimmungen aufgegriffen. Sie haben an den Brennpunkten des Streiks gestanden, den aktiven Widerstand gegen den Streikbruch organisiert und sind den ÖTV-Bonzen entgegengetreten. Die anderen Genossen der Partei haben sie dabei unterstützt. Tag für Tag haben sie die neuesten Extrablätter des „Roten Handhaken" verteilt, mit den Kollegen gesprochen, haben sie Tee und Suppe zu den Streikposten gebracht, in ihren Betrieben und Schulen zur Solidarität mit den Hafenarbeitern aufgerufen.

Aber im Kampf zeigt sich auch die Solidarität mit den kommunistischen Kollegen. Wie mit dem Arbeiter Wolfgang Weskamp. Wolfgang, den die reaktionären Bonzen aus der ÖTV geworfen haben, bekommt keinen Pfennig Streikgeld. So haben die Kollegen für ihn gesammelt und ihm Ende der letzten Woche 210 DM übergeben. Ein fortschrittlicher Betriebsrat, der auch zur Unterstützung beigetragen hat, meint: „Ich bin ja



3) Die Kollegen haben den Streikbrecher umzingelt. Ein ÖTV-Bonze versucht, sie abzudrängen.



4) Der Plan ist gescheitert. Der Streikbrecherwagen muß zurückfahren.

nun nicht seiner Meinung. Aber daß sie ihn rausgeschmissen haben, das ist eine Frechheit. Wir sind alle Gewerkschafter, das ist meine Meinung. Und raus müßten dann ja ganz andere, nämlich die ganze Spitze." Viel mehr Kollegen als üblich haben bewußt zum „Roten Handhaken" gegriffen, sich anerkennend geäußert, dies sei die einzige Hafenzeitung, die kompromißlos für den Streik und für ihre Interessen eintritt. Die Bremer Genossen berichten, daß sie allein bei einem Einsatz 500 Exemplare der Broschüre „Was will die RGO?" verteilten.

Viele Kollegen wiesen ironisch darauf hin, daß die Herren bei ihren Verhandlungen im Gästehaus des Senats ja ganz unter sich wären. Denn der sogenannte Vermittler, Hamburgs Bürgermeister Klose, ist ebenso Mitglied der ÖTV wie der Boß der HHLA, des größten Hafenbetriebs. Am Samstag Nachmittag hatten diese Herren sich dann geeinigt.

Verrat!

Die Genossen der Partei informierten noch am Abend die Streikposten. Die Antwort war eindeutig: „Das machen wir nicht mit!" „Seit Mittwoch stehe ich jeden Tag hier", sagte ein junger Kollege. „Ich will euch was sagen. Ich stehe hier für 9% und für nichts anderes."

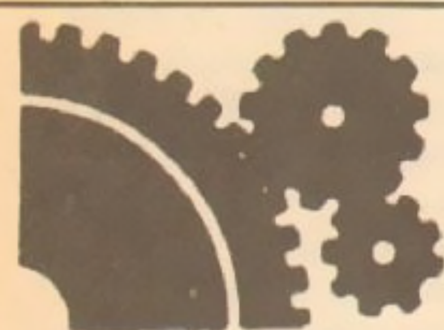
Am Euro-Kai hat ein Kollege gerade im Gewerkschaftshaus angerufen: „Das ist Verrat!" sagt er. Ein anderer sagt bitter und keiner widerspricht ihm dabei: „Das sind nun unsere Führer. '33 haben wir hier auch schon mal einen Führer gehabt. Und auf eine Art ist das alles dasselbe."

Sonntag Morgen, als die Kollegen ihre Streikposten beziehen wollen, sehen sie fassungslos: Die Busse sind weg. Die Bonzen haben die Streikposten aufgelöst. Noch größer als am Vortag ist die Empörung. Ein Kollege ist von weither mit dem Taxi gekommen, weil zu dieser frühen Stunde noch keine Busse und Fähren fahren. Jetzt steht er hier in der Kälte. „Die haben einfach den Streik schon heute abgebrochen", sagt ein anderer. „Das gibt es doch nicht." Von allen Streikposten her fahren die Arbeiter zum Gewerkschaftshaus. Geschlossen. Immer mehr sammeln sich vor dem Tor und verurteilen den Verrat des ÖTV-Apparats. Auch der Kollege, der tagelang selbständig die Einteilung der Streikposten organisiert hat, steht dort. Tagelang hat er seine Familie nicht gesehen, sagt er. „Und gestern, da habe ich hier noch gesessen bis abends und eingeteilt für heute. Ich habe den Kollegen noch gesagt, daß die Verpflegung gesichert ist. Und jetzt brechen die den Streik ab." In Bremen das gleiche Bild. Die Streikposten werden aufgelöst. Die Bonzen bemühen sich, die Kollegen nach Hause zu schicken. Aber vergeblich. Am Vortag sind, als der Schandabschluß bekannt wurde, Arbeiter mit einem Lautsprecherwagen durch den Hafen gefahren und haben gerufen: „Wir sind die ÖTV! Wir streiken weiter!" Und heute lassen sie sich nicht so einfach wegschicken. „Wir bleiben hier", sagen sie.

Einer für alle, alle für einen!

Ob in Hamburg, in Bremen oder in den anderen Häfen, die Arbeiter haben gespürt, daß ihre Kraft gewachsen ist, je einheitlicher und entschlossener sie ihren Kampf geführt haben. Und der Streik stand. **„Da haben wir lange drauf gewartet", sagte ein Kollege.** „So eine Gelegenheit, die hatten wir lange nicht, und vielleicht kommt sie so bald nicht wieder." Für die Hafenarbeiter ging es nicht nur um die Lohnprozente. Es ging ihnen auch darum, ihre Stärke zu zeigen, in einer einheitlichen Front den Hafenkapitalisten entgegenzutreten. Die älteren Arbeiter erinnern sich zurück an den großen von der KPD geführten Streik von 1951, den jetzt die gesamte bürgerliche Presse totschweigt, wenn sie schreibt, „der erste Streik seit einem halben Jahrhundert." Damals hatten die Hafenarbeiter nach 18 Tagen den Kampf beendet mit einer Erklärung „Wir wollen einig bleiben. Wir werden uns im Hafen helfen und stützen. Wir werden nicht dulden, daß irgendein Kollege gemaßregelt wird. Einer für alle, alle für einen." Und auch heute haben die Hafenarbeiter ihre Reihen fester zusammengeschlossen. Unabhängig davon, ob es den Verrätern gelingt, den Streik endgültig abzuwürgen. „In diesen Tagen", sagte uns ein Streikposten, „haben wir mehr gelernt als in Jahren zuvor." Gelernt haben die Hafenarbeiter vor allem, daß sie ihren Kampf in die eigenen Hände nehmen müssen, soll er siegreich sein. Manch einer sieht auch besser denn je die Notwendigkeit der revolutionären Führung des Kampfes, die Notwendigkeit, eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Offener Brief an den „Roten Morgen"

Wir schreiben Euch, weil wir nicht einverstanden sind mit dem Leitartikel im RM 2/78 „Erfolg für die oppositionelle Liste". Wir bitten Euch, unsere folgende Darstellung abzudrucken.

Einige Kollegen unserer oppositionellen Gruppe haben nach der Personalratswahl gefragt, ob die Gruppe einverstanden ist, daß sie eine Korrespondenz über die bisherige Arbeit an den „Roten Morgen" schicken. Dagegen hatten wir nichts, wir kannten den Text und haben ihm so zugestimmt.

Was stand im „Roten Morgen"?

Statt einer Korrespondenz fanden wir einen Leitartikel, dem Teile von der Redaktion des RM zugefügt waren, die wir nicht kannten und mit denen wir auch nicht einverstanden sind. Wir verstehen uns als ein Kollegentreff, der jedem offensteht, der ehrlich den Kampf gegen die Sparmaßnahmen und die zunehmende Unterdrückung im Gesundheitswesen führen will. Wer unserem Programm zustimmt, das wir in unserer ersten Zeitung veröffentlicht haben, kann und soll bei uns mitarbeiten, unabhängig von seiner Haltung zur KPD/ML.

In den zugesetzten Teilen des Leitartikels wird aber der Eindruck erweckt, es handele sich bei unserer Gruppe um eine RGO, einen Treff, der vollständig der Linie Eurer Partei entspricht. Das stimmt nicht. Richtig ist lediglich, daß bei uns Kollegen mitarbeiten, die die Meinung der KPD/ML vertreten. Dagegen haben wir nichts, solange keiner versucht, der Gruppe seinen politischen Kurs aufzuzwingen. Was bei uns geschieht, bestimmen alle gemeinsam und keine bestimmte Fraktion.

Weiter meinen wir, daß die Umwandlung einer Korrespondenz in einen Leitartikel bei dem nicht genauer informierten Leser den Eindruck erwecken muß, als hätten wir schon viel erreicht. Wir freuen uns natürlich über 120 Stimmen für unsere Liste, aber wir wissen, daß wir noch ganz am Anfang stehen. Noch ist unsere Gruppe sehr klein, und unser Einfluß am Betrieb ist gering. Wir haben noch viel Arbeit vor uns, ehe wir wirklich selbständig etwas erreichen können. Und das geht nicht mit Böllerschüssen, sondern nur langsam und geduldig.

Unter den genannten Gesichtspunkten sind wir nicht einverstanden, wie der RM über unsere Köpfe hinweg vorgegangen ist.

Antwort der Redaktion

Liebe Kollegen!

Zunächst zur Frage, warum wir Euren Bericht nicht als Korrespondenz abgedruckt haben. Dies beruht auf einem Mißverständnis zwischen der Redaktion und unseren Genossen in Westberlin. Als wir erfuhren, daß am Krankenhaus Neukölln die oppositionelle Liste sich erfolgreich an der Betriebsratswahl beteiligt hatte, wandten wir uns telefonisch an unsere Genossen von der Zelle Krankenhaus Neukölln mit der Bitte, uns einen Bericht als Grundlage für einen RM-Artikel zu schikken. Wir kannten nämlich das Kampfprogramm der Oppositionellen Gruppe und fanden, daß es ein gutes Programm sei. Unsere Berliner Genossen sagten uns, daß sie es für notwendig hielten, den Bericht mit den Kollegen der Oppositionellen Gruppe abzusprechen, um nicht über ihre Köpfe hinweg zu berichten. Wir hielten dies für richtig und beschlossen daher, den Artikel um eine Woche zu verschieben. Zwar stand dann über dem Bericht „Korrespondenz", aber wir faßten dies so auf, daß es sich dabei um eine Korrespondenz der Zelle unserer Partei handelt, nicht aber um eine Korrespondenz der Oppositionellen Gruppe selbst. Von daher sahen wir keinen Grund, den Bericht nicht als redaktionellen Artikel zu bringen.

Der Bericht war mit der Anmerkung versehen, daß möglichst inhaltlich nichts verändert werden solle. Wir haben nun allerdings an zwei Punkten eine inhaltliche Änderung vorgenommen. Erstens mit dem Vorspann. Hier kann tatsächlich der Eindruck entstehen, als handle es sich um eine Liste der RGO. Das war allerdings nicht unsere Absicht. Wir entschuldigen uns wegen der mißverständlichen Formulierungen.

Die zweite inhaltliche Änderung besteht darin, daß es in dem Artikel im Zusammenhang mit dem Programm der „Liste Alternative" heißt: „Dieses Programm trug den Stempel der revisionistischen ‚Drei-Welten-Theorie', deren Zweck es ist, den revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie abzuwürgen". Selbstkritisch sei festgestellt, daß wir diesen Satz besser weggelassen hätten. Es ist klar, daß nicht jeder, der gegen das Programm der „Liste Alternative" (in seiner ersten Fassung) ist, sich mit dieser politischen Analyse identifiziert, da sie so nur vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus getroffen werden kann. Allerdings war es auch nicht unsere Absicht zu unterstellen, Eure Gruppe habe „vollständig die Linie unserer Partei" akzeptiert. Wir meinen, daß aus der Art, wie der Artikel insgesamt geschrieben ist, durchaus klar wird, daß es sich bei Eurer Gruppe um eine unabhängige oppositionelle Gruppe handelt und nicht um eine Gruppe, die das Programm der KPD/ML anerkennt.

Nun zur Frage: „Warum als Leitartikel?" Hätten wir gewußt, daß die Gruppe oder ein Teil der Gruppe dagegen ist, daß der Artikel in dieser großen Aufmachung erscheint, so hätten wir dies sicherlich respektiert. Wir haben jedoch oft die Erfahrung gemacht, daß Menschen, über deren Kämpfe wir relativ groß berichtet haben (bzw. auch über Ungerechtigkeiten, die ihnen durch die Kapitalisten oder den Staat widerfuhren), sich darüber gefreut haben, da die bürgerliche Presse solche Dinge meist verschweigt, verfälscht oder herunterspielt. Deshalb kam uns gar nicht der Gedanke, daß Ihr eventuell nicht damit einverstanden seid.

Auf der anderen Seite sind wir der Meinung, daß der Erfolg Eurer Liste am Krankenhaus Neukölln durchaus nicht gering zu bewerten ist. Denn dies war im Rahmen der Betriebsratswahlen, die nun begonnen haben, der erste Erfolg einer oppositionellen Liste mit einem konsequenten Kampfprogramm. Deshalb gingen wir davon aus, daß ein Herausstellen Eures Erfolges zur Stärkung der Bewegung für fortschrittliche, klassenkämpferische und revolutionäre Betriebsräte und Listen beiträgt. Diese Bewegung gibt es ja in diesem Jahr an vielen Betrieben, und sie hat für den weiteren Aufschwung der Kämpfe der Werktätigen eine große Bedeutung. Übrigens: Wenn wir über Kämpfe der Werktätigen berichten, bedeutet dies keineswegs, daß diese Kämpfe deshalb Kämpfe von Kommunisten sind oder Kämpfe, die unter der Führung unserer Partei stehen, auch wenn der „Rote Morgen" das Zentralorgan der KPD/ML ist. Der „Rote Morgen" berichtet über alle Kämpfe und Bewegungen der Werktätigen, die uns fortschrittlich oder wichtig erscheinen.

Wir hoffen, diese Antwort kann zur Klärung unserer Meinungsverschiedenheiten beitragen und wünschen Euch weitere Erfolge in Eurem Kampf für die Verbesserung der Verhältnisse am Krankenhaus Neukölln.

Mit solidarischen Grüßen,
Redaktion des „Roten Morgen"

Betriebsratswahlen

RGO-Liste bei BASF

Fortsetzung von Seite 1

Und weiter heißt es in dem Programm: *„Wir versprechen Euch nicht das Blaue vom Himmel. Wir versprechen Euch nur, daß wir uns nicht kaufen lassen, daß wir die Forderungen und Probleme der Aniliner breit bekannt machen und auf die Tagesordnung setzen. Wir versprechen Euch nur, daß wir uns Tag für Tag mit Euch zusammen einsetzen werden."*

Kaum war die Liste eingereicht, begannen die Kapitalisten und der Apparat der IG Chemie mit einer unerhörten Hetz- und Einschüchterungskampagne. Den Kandidaten der RGO-Liste wurde mitgeteilt, sie würden umgehend aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Die drei Kandidaten aber lassen sich dadurch nicht kleinkriegen. Sie führen den Kampf unerschütterlich weiter. Damit nicht genug, schickten die IG-Chemie-Bonzen an alle Arbeiter, die die Liste unterzeichnet haben, einen unerhörten Drohbrief, mit dem sie dazu erpreßt werden sollen, ihre Unterschrift auf der RGO-Liste zu widerrufen und ungültig zu machen, indem sie nachträglich die Liste der IG Chemie unterschreiben. Andernfalls müßten sie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Zynisch heißt es in dem Schrieb: „Obwohl wir als Gewerkschafter für die demokratische Gesellschaft, für Toleranz, freie Meinungsäußerung, Menschenwürde Tag für Tag eintreten, muß bei diesen Leuten unsere Toleranz aufhören. Deshalb ist eine Mitgliedschaft oder Unterstützung der RGO mit einer Mitgliedschaft bei uns nicht zu vereinen."

Schamlos lügen die Bonzen in dem Drohbrief, die RGO wolle ja gar nicht hauptsächlich den Kampf gegen die Kapitalisten führen, sondern es ginge ihr nur darum, „die deutsche Einheitsgewerkschaft zu zerschlagen". Die Kollegen werden dann ultimativ aufgefordert, am 30. Januar beim stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Kurt Herrmann zu erscheinen und „sich zu erklären". Dort könnten sie die Liste der IG Chemie unterschreiben, falls sie nicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden wollten.

Was anderes ist das, als nackte Erpressung? Und dieses schmutzige Vorgehen verbrämen sie auch noch mit heuchlerischen Phrasen von Demokratie, Toleranz und Meinungsfreiheit. Die Niedertracht dieser Leute spottet wahrlich jeder Beschreibung! Tolerant sind diese Arbeiterverräter einzig und allein gegenüber den Kapitalisten und ihren Angriffen auf die Interessen der Arbeiterschaft. Wo klassenbewußte Gewerkschafter sich für den Kampf der Arbeiterklasse einsetzen, wo sie sich die Streikbruchpolitik und den ewigen Verrat des Gewerkschaftsapparats nicht mehr gefallen lassen, da hört die „Toleranz" dieser Typen schlagartig auf.

Auch die bürgerliche Presse wurde sofort für die Hetz- und Einschüchterungskampagne gegen die klassenbewußten Gewerkschafter mobilisiert. So geifert die Ludwigshafener Zeitung „Die Rheinpfalz" unter der Schlagzeile „Parolen entlarven das wahre Gesicht" gegen die revolutionäre Liste und druckt prompt die Lügen der IG-Chemie-Bonzen ab. Und schon bevor die betroffenen Arbeiter selbst den Brief der Gewerkschaftsbonzen zugestellt bekamen, standen schon Auszüge daraus in der „Rheinpfalz". Unverhüllt werden in dem Artikel die Unterzeichner der RGO-Liste aufgefordert, ihre Unterschrift zu widerrufen: „Nun gilt es also zu entscheiden, ob die Unterschrift der RGO-Liste ihre Gültigkeit behalten soll. Zwischen 9 und 14 Uhr steht der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Kurt Herrmann im Betriebsratsgebäude Z 10 den Mitarbeitern für ihre Erklärungen zur Verfügung."

Unter den betroffenen Kollegen und in der ganzen Belegschaft von BASF ist die Empörung über das Vorgehen des IG-Chemie-Apparats groß. Aus Gründen des Redaktionsschlusses können wir in dieser Ausgabe des RM noch nicht über den weiteren Kampf der BASF-Kollegen berichten. Wir werden das in der nächsten Ausgabe tun.

Die hektische Reaktion der Bonzen und ihrer Bundesgenossen kommt nicht von ungefähr. Sie wissen selbst ganz genau, daß es stimmt, was in der Broschüre „Was will die RGO?" steht: **„Warum also diese Mobilisierung des Klassenfeindes gegen die RGO, deren organisatorische Stärke für ihn gegenwärtig sicherlich noch nicht bedrohlich ist? Was die Bourgeoisie und die Arbeiterverräter alarmiert, ist vor allem die Tatsache, daß Programm, Ziele und Forderungen der RGO ausdrücken, was heute bereits ein großer Teil der Arbeiter und kleinen Angestellten denkt und fühlt."**

Vorwärts im Kampf für klassenkämpferische und revolutionäre Betriebsräte!

Betriebsratswahlen bei Opel/Bochum

Schmutziges Manöver der IGM-Funktionäre

Die „Zündkerze", Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel in Bochum, berichtet in ihrer neuesten Ausgabe über ein hinterhältiges Manöver, mit dem der Gewerkschaftsapparat und die Betriebsratsbonzen um den Erzverräter Perschke bei Opel/Bochum verhindern wollen, daß klassenkämpferische und revolutionäre Kollegen für die Betriebsratswahlen kandidieren können.

Die IGM-Bonzen lassen eine Unterschriftenliste im Betrieb herumgehen, auf der sich die Kollegen verpflichten sollen, keine Vorschlagsliste (abgesehen von der IGM-Liste) zu unterschreiben. „Jedes Belegschaftsmitglied soll das Recht haben, den Betriebsrat seines Vertrauens selbst namentlich auszuwählen", heißt es demagogisch auf dem Formular. Am Ende des Textes steht dann: „Ich erkläre freiwillig, daß ich keinen anderen Wahlvorschlag, der eine Listenwahl zur Folge hat, unterstützen werde. Sollte meine Unterschrift auf irgendeiner Liste in Erscheinung treten, so ist sie ungültig."

Scheinheilig tun die IGM-Vertreter so, als seien sie für Persönlichkeitswahl. Aber in Wirklichkeit geht es ihnen einzig und allein darum, erstens ihre eigenen Pöstchen im Betriebsrat zu sichern, und zweitens um jeden Preis zu verhindern, daß revolutionäre oder klassenkämpferische Kollegen zur Wahl stehen. Die IGM-Bonzen wissen natürlich, daß in verschiedenen Betrieben schon klassenkämpferische oder revolutionäre Listen aufgestellt wurden. Auf hinterhältige Weise versuchen sie, den klassenkämpferischen Gewerkschaftern bei Opel dieses Recht zu nehmen.

Wenn unter den gegebenen Umständen bei Opel/Bochum tatsächlich Persönlichkeitswahl stattfindet, kann in Wahrheit keine Rede davon sein, daß jeder das Recht hat, den Kandidaten seines Vertrauens selbst auszuwählen. Denn es ist die Perschke-Clique und die Vertrauensleuteleitung, die bestimmt, wer auf die IGM-Liste kommt und wer nicht. Sie werden keinen Kollegen auf der Liste zulassen, von dem sie wissen, daß er standfest und unbestechlich auf der Seite der Arbeiter steht und sich auch vom IGM-Apparat nicht ins Bockshorn jagen läßt.

Die „Zündkerze" hat klar aufgezeigt, worum es dem IGM-Apparat wirklich geht. Sie hat dazu aufgerufen, die IGM-Unterschriftenliste zu boykottieren. „Zündkerze" schreibt ferner: „Kollegen, wenn Persönlichkeitswahl, dann heißt das, und das ist unsere Forderung: Alle Kandidaten ohne Ausnahme auf eine Liste! Dann, und nur dann, können wir ‚den Betriebsrat unseres Vertrauens selbst auswählen'."

Forderungen des DGB-Apparats bedeuten Lohnabbau

Kosten	Ungefährer Anteil der Kosten am Monatseinkommen von von 1.600 DM in % und DM	Ungefähre Preiserhg. in %	Ungefähre Preiserhg. in DM
1. Nahrung	30% = 480 DM	4%	19,20
2. Mieten	25% = 400 DM	5%	20,00
3. Fahrtkosten	10% = 160 DM	20%	32,00
4. Heizung, Strom, Wasser, Gas, Müll	10% = 160 DM	10%	16,00
5. Genuß (Kaffee, Tabak, Spirituosen	8% = 128 DM	15%	19,20
6. Urlaub, Versicherungen, sonstiges	8% = 128 DM	5%	6,40
7. Kleidung, Schuhe	5% = 80 DM	6%	4,80
8. Gesundheit, Körperpflege	4% = 64 DM	7%	4,40
Um diese Summe sind die Lebenshaltungskosten 1977 gestiegen:			**122,00**

Die Tabelle geht vom Beispiel einer vierköpfigen Arbeiterfamilie aus, die unter Berücksichtigung der tariflichen und übertariflichen Zuschläge sowie von einem Mehrverdienst durch Überstunden und inclusive Kindergeld über rund 1.600 DM Nettoeinkommen im Monat verfügt. Berücksichtigt man den Anteil, den eine Arbeiterfamilie in der Regel von ihrem Monatseinkommen für bestimmte Posten ausgeben muß (z. B. 30 Prozent für Nahrungsmittel, 25 Prozent für Miete usw.), so ergibt sich für das vergangene Jahr ein Anstieg der Lebenshaltungskosten um mindestens 122 DM. Wenn man nun die Lohnsteuerprogression mit berücksichtigt, so zeigt sich, daß eine Lohnerhöhung von 150 DM bzw. ungefähr 12 Prozent notwendig wäre, um wenigstens den Reallohnverlust des vergangenen Jahres auszugleichen. Um eine echte Lohnerhöhung von ca. 50 DM im Monat zu erhalten, müßten schon 200 DM mehr bzw. ca. 16 Prozent durchgesetzt werden.

Lohnkampf in der Stahlindustrie zugespitzt

30 000 an Warnstreiks beteiligt

Am Mittwoch letzter Woche trat in der Mülheimer Stadthalle die große Tarifkommission der IGM zusammen. Drei Monate fast hatten die Stahlunternehmer und der IGM-Apparat die Tarifverhandlungen verschleppt. Am Freitag vorletzter Woche hatten sich die Konzernherren endlich zu einem Angebot bequemt. Aber was für ein Angebot! Sechs Monate Lohnpause und für das restliche halbe Jahr 3,5 Prozent. Das bedeutet auf das ganze Jahr umgerechnet ganze 1,75 Prozent. Eine ungeheure Provokation! Jetzt ist das Maß voll, war die allgemeine Stimmung unter den Stahlwerkern.

Aber was taten die IGM-Bonzen? Wohlweislich hatten sie den Termin für die Sitzung der Tarifkommission in Mülheim so angesetzt, daß erst wieder sechs Tage nach der Verhandlung ins Land gingen. Und das Ergebnis der Sitzung: Nicht etwa die Urabstimmung wurde beschlossen, wie es die Stahlwerker überall gefordert hatten, sondern daß mit den Stahlkapitalisten neue Verhandlungen vereinbart werden sollen. Mittwoch abend wurde dieser Beschluß im Rundfunk gemeldet. Schon am nächsten Morgen um fünf Uhr früh verteilten unsere Genossen vor den Hüttenwerken von Hoesch in Dortmund dazu ein Extrablatt der „Stählernen Faust" (Betriebszeitung der KPD/ML für die Hoesch-Betriebe). In dem Flugblatt heißt es:

„Sechs Tage ließ uns die große Tarifkommission warten, ehe sie es für nötig befand, zusammenzutreten. Und das ungeheuerliche Ergebnis ihrer Beratung: Sie wollen weitere Verhandlungen! Einen Dreck wert sind diesen Leuten die zahlreichen Warnstreiks, die in den letzten Tagen durchgeführt wurden: Vorgestern 16.000 Kollegen bei Mannesmann, Thyssen, Krupp und anderen Betrieben im Streik, gestern 6.000 u. a. bei Klöckner in Bremen.

Überall wurde die Forderung nach Urabstimmung erhoben, überall machten die Kollegen klar, daß es an der Zeit ist, den Streik zu organisieren. Aber der Gewerkschaftsapparat hat die Erwartungen vieler Kollegen bitter enttäuscht und wird sie auch weiter enttäuschen. Die IGM-Bonzen haben die feste Absicht, einen Lohnraubabschluß gegen uns Stahlarbeiter durchzusetzen. Ihr Plan ist: Nur noch ein paar Zehntel Prozent, damit sie das Angebot nicht sofort annehmen müssen, sondern die empörten Kollegen noch etwas hinhalten können.

Aber diese Rechnung ist ohne den Wirt, ohne uns Stahlarbeiter gemacht! Rüsten wir uns zum Streik und üben wir Solidarität mit unseren streikenden Kollegen in den See-Häfen! Je größer die Front der Streikenden, umso eher kommen die Kapitalisten ins Schwitzen!

Sofortige Urabstimmung! Streik für echte Lohnerhöhung! Nieder mit den Lohnraubplänen der Kapitalisten!"

Die Warnstreiks ausweiten: 1,75% Angebot - ungeheure Provokation

Nicht nur bei der ATH in Duisburg-Hamborn wurde am Mittwoch letzter Woche gestreikt. In vielen anderen Hüttenwerken kam es gleichfalls zu Warnstreiks. So bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen, Düsseldorf, Mülheim und Unna-Wickede, auf der Mülheimer Friedrich-Wilhelm-Hütte (die ebenfalls zum Thyssen-Konzern gehört), bei Krupp in Bochum und bei Klöckner in Bremen. An diesem Mittwoch allein waren rund 16.000 Stahlwerker an Kurzstreiks beteiligt. Insgesamt nahmen in den letzten Wochen an Rhein, Ruhr und Weser mindestens 30.000 Stahlwerker an Warnstreiks teil. Allerdings gelang es dem IGM-Apparat, gestützt auf die reaktionären Betriebsratscliquen, die DKP-Führer und die Leitungen der Vertrauensleutekörper zu verhindern, daß die Streiks die ganzen Betriebe erfaßten. Gleichzeitig versuchten die IGM-Funktionäre die Streiks hauptsächlich auf die Erhaltungsbetriebe zu beschränken, damit die Produktion nicht gestoppt wird und die Kapitalisten mit einem blauen Auge davonkommen. Das gelang ihnen allerdings nur teilweise. Bei Hoesch auf der Westfalenhütte z. B. griff der Streik auch auf Produktionsbetriebe über.

Auch wenn gegen die Abwiegelungs- und Spaltungsmanöver des IGM-Apparats bis jetzt noch nicht der entscheidende Durchbruch erreicht werden konnte, zeigen die Warnstreiks dennoch, daß die Kampfbereitschaft in den Stahlwerken in den letzten Monaten sehr stark zugenommen hat. Die IGM-Bonzen mußten erschreckt feststellen: Ihr Plan, den Stahlwerkern dieses Jahr einen brutalen Lohnraubabschluß aufzuzwingen, ist ein sehr heißes Eisen, an dem sie sich möglicherweise die Finger verbrennen könnten.

Jetzt kommt es auch immer öfter dazu, daß unsere Losung *„Vertraut nicht dem Apparat der IG Metall. Nehmt den Kampf in eure eigenen Hände!"* von kämpferischen Kollegen aktiv in die Tat umgesetzt wird. Am deutlichsten wurde dies bei den Warnstreiks auf der Hoesch-Westfalenhütte und bei der ATH in Duisburg-Hamborn. Hier wurde der von den Funktionären geplante Rahmen in erheblichem Ausmaß durchbrochen. Es gibt jedoch auch viele kleinere Beispiele in dieser Richtung. Etwa bei dem Warnstreik bei Thyssen-Henschel in Mülheim. Dort taten sich klassenbewußte Stahlarbeiter zusammen und trugen mehrere Transparente, die sie selbst gemacht hatten, mit den Losungen: „Das Maß ist voll!", „Kampf für echte Lohnerhöhung!" und „Kampfmaßnahmen!"

Thyssen/Hamborn

2 000 Kollegen vor Tor 1

Dienstag der letzten Woche um fünf Uhr früh: An verschiedenen Toren der August-Thyssen-Hütte (ATH) in Duisburg-Hamborn stehen Verteiler der Partei. Mit großem Interesse nehmen die Stahlwerker, die zur Frühschicht eilen, das Extrablatt des „Roten Greifer" entgegen. *„Alle um neun Uhr zum Tor eins!"* lautet die Überschrift.



Interessiert lesen Thyssen-Arbeiter das Flugblatt der Partei.

In großen Buchstaben informiert das Flugblatt die Kollegen über den Plan der IGM-Betriebsratsclique und Vertrauenskörperleitung, um neun Uhr an Tor eins eine Protestversammlung „im kleinen Kreis" abzuhalten, also vorwiegend nur mit Vertrauensleuten. Der schmutzige Plan der Arbeiterverräter: Es soll der Eindruck entstehen, der IGM-Apparat führe tatsächlich einen Kampf gegen das provokatorische „Angebot" der Stahlkapitalisten von 1,75 Prozent; nur die Stahlarbeiter selbst seien „leider nicht kampfbereit". *„Daraus wird nichts!"*, schreibt der „Rote Greifer" zu diesem heimtückischen Plan. Und es wurde wirklich nichts daraus. Nicht zwei- bis dreihundert kamen um neun Uhr zum Tor eins, wie die Funktionäre es vorgesehen hatten, sondern rund 2.000 Kollegen.

Die Stimmung ist geladen und kämpferisch. Auf der Straße vor Tor eins ist der Verkehr durch die Menschenmassen blockiert. Die IGM-Bonzen werden zusehends nervöser. Kollegen tragen ein Schild mit der Aufschrift: **„Sieben Prozent sind ein Hohn — wir wollen 200 Mark mehr Lohn!"** Einem Schlägertrupp, den die Bonzen vorsorglich aufstellen ließen, gelingt es in einem Überraschungsangriff, das Schild herunterzureißen. Viele Kollegen sehen es und sind empört. Die Schlägerbande kann jedoch nicht verhindern, daß unsere Genossen die streikenden Kollegen mit einem neuen Flugblatt der Partei versorgen. In dem Flugblatt heißt es: *„So wie unsere Dortmunder Stahlwerker-Kollegen muß man es machen. Die Warnstreiks müssen ausgeweitet, zu einem wirklichen Schlag gegen die Stahlkapitalisten gemacht werden... Vertraut nicht dem Apparat der IG Metall. Nehmt den Kampf in eure eigenen Hände!"* Außerdem verteilen die Genossen zahlreiche Broschüren „Was will die RGO?" an die Kollegen.

Nach längerer Zeit erscheint schließlich Zimmermann vom Vorstand des Thyssen-Konzerns. Frech provoziert er: Er rede nicht auf der Straße, es müsse eine Delegation gebildet werden. Als Antwort der Arbeiter ertönt ein gellendes Pfeifkonzert. Zimmermann erhält Schützenhilfe seitens der Betriebsratsbonzen. Man solle ihm doch entgegenkommen und seinen Vorschlag akzeptieren, faseln sie. Aber auch sie werden mit einem Pfeifkonzert bedacht. Schließlich können die Funktionäre einen Kompromiß durchsetzen: Die Streikenden ziehen zurück durch Tor eins in eine Halle, in der gewöhnlich Belegschaftsversammlungen abgehalten werden. Man hatte sie bereits „für den Notfall" bereitgehalten. Inzwischen zeigt die Uhr zwölf. In der Halle schaffen es die schwitzenden Bonzen dann doch, soweit abzuwiegeln, daß die Kollegen wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl (Teil 5)

Das Wahlausschreiben

Spätestens sechs Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe muß der Wahlvorstand das Wahlausschreiben erlassen. Es muß vom Vorsitzenden und mindestens einem weiteren Mitglied des Wahlvorstands unterzeichnet sein.

Das Wahlausschreiben muß das Datum, an dem es erlassen wurde, vermerken. Im Wahlausschreiben muß Ort, Tag und Zeit der Wahl angegeben sein. Ferner muß angegeben sein, bei welcher Stelle bzw. Anschrift Wahlvorschläge (Vorschlagslisten) und Einsprüche eingereicht werden können (Betriebsadresse des Wahlvorstands, dazu gehören auch die Zeiten, an denen er dort anzutreffen ist). Auch der Ort, wo die Wählerliste und die Wahlordnung ausliegen, muß angegeben sein.

Des weiteren muß das Wahlausschreiben enthalten:

Eine Belehrung darüber, daß nur solche Belegschaftsmitglieder wählen oder gewählt werden können, die in die Wählerliste eingetragen sind und ferner darüber, daß Einsprüche gegen die Wählerliste nach dem Ablauf von zwei Wochen seit Erlaß des Wahlausschreibens nicht mehr möglich sind. Der letzte Tag dieser Frist muß angegeben sein.

Weiter muß das Wahlausschreiben enthalten: die Anzahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder und ihre Verteilung auf die Gruppen der Arbeiter und Angestellten (bei Gruppenwahl). Es muß informieren, ob die Arbeiter und Angestellten in getrennten Wahlgängen wählen (Gruppenwahl) oder ob vor dem Erlaß des Wahlausschreibens bereits eine Einheitswahl beschlossen worden ist. Auch die Mindestzahl der für einen Wahlvorschlag notwendigen Unterschriften ist anzugeben. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Vorschlagslisten vor Ablauf von zwei Wochen seit Erlaß des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand eingereicht werden müssen; der letzte Tag der Frist ist anzugeben. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß die Stimmabgabe an diese Wahlvorschläge gebunden ist und daß nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge gewählt werden können. Es muß der Ort (bzw. die Orte) angegeben sein, wo die Wahlvorschläge bis zum Abschluß der Stimmabgabe aushängen.

Fehlt eine dieser Angaben im Wahlausschreiben, so ist die Wahl anfechtbar. Das Wahlausschreiben muß zusammen mit der Wählerliste und dem Text der Wahlordnung an einer oder mehreren Stellen des Betriebs ausliegen.

Meldungen aus den Betrieben

Ortsgruppe Bochum der GEW: Kampf gegen Spaltungsversuche durch den GEW-Apparat

In der Ortsgruppe Bochum der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kämpfen die Mitglieder gegen den Versuch des GEW-Apparats, die Ortsgruppe zu spalten und den gesamten Ortsvorstand aus der Gewerkschaft auszuschließen. Einige Mitglieder hatten im letzten Jahr auf einer Mitgliederversammlung eine Resolution eingebracht, in der die Verbotsanträge gegen die KPD/ML und andere Organisationen verurteilt werden und außerdem gefordert wird: „Weg mit dem KPD-Verbot!" Die MV behandelte zwar den Antrag nicht, beschloß jedoch, daß die Resolution in der Zeitung des Ortsverbandes, „GEW-Info", abgedruckt werden soll. Die Redaktion veröffentlichte dementsprechend den Text zusammen mit einem als Material gekennzeichneten Aufruf der „Bochumer Aktionseinheit gegen die Verbotsanträge" (zu deren Unterzeichnern der Ortsverband selbst nicht gehört).

Der Apparat holte nun zum Schlag aus und beantragte ein Ausschlußverfahren gegen den gesamten Ortsvorstand.

In dieser Situation fand nun die letzte Mitgliederversammlung statt. Zwei Fronten standen sich hier gegenüber. Einerseits einige reaktionäre Mitglieder des Ortsvorstands zusammen mit den DKP-Revisionisten. Auf der anderen Seite die große Mehrheit der versammelten Mitglieder und der fortschrittliche Teil des Ortsvorstands. Die Reaktionäre und DKP-Revisionisten beantragten, die Redaktion zu tadeln und das „Info" selbst künftig einer scharfen Zensur zu unterwerfen. Außerdem forderten sie, daß dem Vorstand das Mißtrauen ausgesprochen und möglichst bald ein neuer Vorstand gewählt wird.

Aber alle Anträge der Reaktionäre und Revisionisten wurden zurückgewiesen und die Mitgliederversammlung bekundete ihre Entschlossenheit, für die Freiheit der politischen Betätigung und Information und gegen die Maulkorbstrategie des GEW-Apparats zu kämpfen.

Büsumer Werft: 59jähriger Arbeiter fristlos entlassen

Auf der Büsumer Werft in Dithmarschen wurde ein 59jähriger Arbeiter, der seit zwölf Jahren auf der Werft arbeitet, fristlos entlassen. Der Kollege hatte gegenüber einem Betriebsmeister, der die Kollegen skrupellos zur Arbeit unter Unfallgefahren antreibt und schikaniert, seinen Ärger Luft gemacht. Er soll zu ihm gesagt haben: „Du bist ein ganz rücksichtsloses Schwein". Der Stützpunkt Dithmarschen der KPD/ML verteilte vor der Werft ein Flugblatt, in dem die sofortige Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen gefordert und die Kollegen zur Solidarität aufgerufen werden. In dem Flugblatt wird außerdem aufgedeckt, daß die Werftherren Kurzarbeit und Entlassungen planen und daß die fristlose Entlassung des Kollegen der Auftakt zu verschärften Angriffen auf die Lage der Belegschaft ist.

Aufsichtsratswahlen bei Felten & Guillaume

„Roter Strom", Betriebszeitung der KPD/ML bei F&G in Nordenham, berichtet, daß bei der Aufsichtsratswahl, die vor kurzem im Betrieb stattgefunden hat, nur 53% der Belegschaft zur Wahl gingen. Zieht man noch die hohe Zahl von ungültigen Stimmen ab, die größtenteils bewußt aus Protest gegen den Mitbestimmungsbetrug abgegeben wurden, so bleibt eine Wahlbeteiligung, die noch unter 50 Prozent liegt. Über die Hälfte der Belegschaft hat also die Aufsichtsratswahl boykottiert. „Roter Strom", der zum Wahlboykott aufgerufen hatte, schreibt, daß dieses Ergebnis ein guter Erfolg ist und ein Beweis dafür, daß die Kampfkraft der Belegschaft anwächst.

RAG: Hausbrand wird versteuert

„Rote Faust", die Zeitung der Zelle Blumenthal der KPD/ML, schreibt in ihrer letzten Ausgabe:

In Zusammenarbeit mit den RAG-Herren will uns der kapitalistische Staat erneut mehr Geld aus der Tasche ziehen. Der Hausbrand soll ab 1. Januar steuer- und versicherungspflichtig werden. Ein kleiner Aushang im Glaskasten weist darauf hin, daß dem Kumpel drei Tonnen Hausbrand als *Einkommen* gerechnet werden sollen. Damit soll er jetzt nicht nur die höhere Mehrwertsteuer zahlen, sondern auch Lohnsteuer und Versicherungsbeiträge von Geld, *das er nie sieht — von seinem „freien Hausbrand"!*

Wir können nach den Zahlen, die dort genannt werden, davon ausgehen, daß uns damit rund 100 bis 130 DM pro Jahr zusätzlich aus der Tasche gezogen werden, die sich der Staat auf billige Weise verschafft, indem sie uns einfach auf dem Lohnzettel abgezogen werden.

Natürlich haben die IGBE-Bonzen im RAG-Vorstand oder die Betriebsräte kein Wort dagegen gesagt oder etwa die Kumpels rechtzeitig vorher informiert — der Griff in unseren Geldbeutel findet das volle Verständnis dieser Leute. Klammheimlich gehen sie immer vor, genau wie im letzten Jahr, als die Einstufung für die Knappschaft zuungunsten der Kumpels verändert wurde. Sie hoffen, daß sie die Kumpels vor vollendete Tatsachen stellen können, damit nicht mehr dagegen gekämpft wird. Zeigt das nicht deutlich den reaktionären Charakter der ganzen „Mitbestimmung"?

Wir fordern, daß der Hausbrand wie bisher frei geliefert wird! Die RAG soll doch die Steuern und Beiträge selber bezahlen, wenn sie mit dem Finanzministerium solche Abzüge vereinbart!

Streiflichter

Preisstabilität à la DDR

Seit einiger Zeit hat man stillschweigend den Inhalt der Zuckerpakete von ehemals 1.050 g auf 1.000 g gesenkt. Der Preis pro Paket blieb natürlich gleich. Denn bekanntlich sind ja die Preise in der DDR stabil.

„...an vieles gewöhnt..."

Mitte Dezember erschien in der „Tribüne" (Zeitung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes") der Leserbrief eines Chemiearbeiters aus dem Stickstoffwerk in Piesteritz. Der Leser nahm Stellung zu einer Karikatur, die unter dem Titel „Es zieht wie Hechtsuppe" in einer der vorhergehenden Nummern der „Tribüne" erschienen war, und schrieb, in seinem Betrieb sei es genauso: „Mit der Winterfestmachung ist es bei uns im Stickstoffwerk Piesteritz traurig bestellt. Bis heute hat sich noch kein Verantwortlicher darum gekümmert. Kein Heißlüfter funktioniert, im Umkleideraum ist es eiskalt. Ich könnte noch mehr aufzählen, aber wen interessiert es schon, wir sind inzwischen an vieles gewöhnt." **„Tribüne" druckte diesen Leserbrief ohne ein Wort des Kommentars ab.**

Unser Kommentar: Keine Antwort ist auch eine Antwort. In diesem Fall das schweigende Eingeständnis, daß die Belange der Arbeiter im angeblichen „Arbeiter- und Bauernparadies" in der DDR die Herrschenden und den reaktionären Gewerkschaftsapparat genausowenig interessieren wie bei uns.

Autos auf dem Schwarzmarkt

Wegen der enormen Wartezeiten für PKWs (Trabant sieben bis acht Jahre, Wartburg elf bis dreizehn Jahre) werden in der DDR für Gebrauchtwagen Wucherpreise verlangt, die teilweise weit über dem Neupreis liegen. Das gilt besonders für die einheimischen Modelle Wartburg und Trabant, weil für diese Wagen die Ersatzteile relativ billig sind, und das allgemein schlechte Werkstättennetz noch am besten ist.

Für Neuwagen dieser Typen bezahlt man auf dem „Gebrauchtwagenmarkt" 2-3.000 Mark über dem Neupreis. Anmeldungen für Wagen des Typs Trabant, deren Auslieferung kurz bevorsteht, werden mit mehreren tausend Mark gehandelt.

Manche Autohäuser wechseln ihre Angestellten, die für die Auslieferung zuständig sind, ständig aus, weil laufend Schiebereien aufgedeckt werden. Es existieren regelrechte Handelsringe für den Schwarzhandel mit Kraftfahrzeugen, die für manche Leute die Haupteinnahmequelle darstellen.

Umweltschäden

In Bitterfeld (einer Stadt mit Chemieindustrie) ist die Zahl der an Bronchialerkrankungen leidenden Kinder dreimal so hoch wie im Republikdurchschnitt. — Ein eindeutiger Beweis dafür, daß die Werktätige in der DDR genau wie in der Bundesrepublik mit ihrer Gesundheit für die Profitgier des Kapitals bezahlen müssen. **Bei Bitterfeld hätte es übrigens die Möglichkeit für die Schaffung eines Naherholungsgebietes gegeben. Aber dieses Gebiet, in dem sich die Arbeiter und ihre Familien hätten erholen können, war für andere Zwecke vorgesehen. Es wurde ein Panzerübungsplatz.**

Zu Besuch in Polen

Wie sieht es heute, eineinhalb Jahre nach dem Aufstand der Arbeiter von Radom, in Polen aus? Einen Eindruck von der elenden Lage und der Stimmung der polnischen Werktätigen vermittelt der folgende Reisebericht, eine Aufzeichnung von Erlebnissen Ende des letzten Jahres.

Der polnische Arbeiter verdient im Durchschnitt 4.000 Zloty. Im Durchschnitt — das heißt, daß Tausende mit weit weniger auskommen müssen, mit 2.500, 3.000 Zloty. Wieviel das ist, kann man sich ausrechnen, wenn man weiß, daß ein Paar gute Schuhe bis zu 1.000 Zloty, ein einfacher Pullover mindestens 500 Zloty kostet. Die Preise sind seit meinem letzten Besuch enorm gestiegen. Und zum 1. Januar waren neue Preiserhöhungen angekündigt, teilweise um bis zu 100% bei Fleischwaren.

Viele Menschen in der Bundesrepublik, denen ich von diesen Verhältnissen erzähle, glauben mir nicht. Wie kann man von 3.000 Zloty leben, meinen sie, wenn die Preise dort so hoch sind. Nun, man stirbt nicht vor Hunger in Polen, aber kann man das Leben nennen? Nehmen wir das Dorf, aus dem ich stamme. 12, 13 Menschen hausen in drei oder vier Zimmern, von der Großmutter bis zum Enkel, Schwestern, Onkel, alle leben aus einem Topf. Mehlspeise, Eier, Gemüse — Gemüse, Eier, Mehlspeise — das ist ihr Küchenzettel für sieben Tage in der Woche. Die Kleider wandern von einem zum anderen, werden hundertmal geflickt, gewendet, geändert. Der Onkel verdient etwas mehr und schleppt so den arbeitslosen Neffen mit durch. So hält man sich über Wasser, zumindest bei uns auf dem Land. Aber oft habe ich mich gefragt: Wie machen das die Werktätigen in der Stadt, bei denen ein solches Familienleben nicht mehr üblich ist? Ich weiß es nicht.



Mit Zigarettenverkauf versucht sie ihre Rente aufzubessern.

Stundenlanges Schlangestehen

Eine schwindelnde Inflationsrate, steigende Preise — das ist die eine Seite. Aber das ist nicht einmal die Hauptsache. Das hauptsächliche Problem für die polnische Bevölkerung ist, daß es nichts zu kaufen gibt. Das „sozialistische" Polen, in dem die Landwirtschaft dominiert, darbt.

Ich merkte es gleich in den ersten Tagen am eigenen Leib. In meinen großen Koffern mit Geschenken für die Familie konnte ich keinen Kaffee mehr unterbringen. Nun, dachte ich, macht nichts, den kaufe ich dort. Vier Wochen lang habe ich keine einzige Tasse Kaffee getrunken. Es gab keinen, ebensowenig Schokolade, Kakao oder Südfrüchte. Selbst in den größten Geschäften der benachbarten Stadt war nichts aufzutreiben. Tagelang lief meine Schwester durch die Läden, um Zutaten für die Weihnachtsbäckerei aufzutreiben. Nichts. Keine Nüsse, keine Mandeln, nicht einmal ein einziges Fläschchen Backaroma.

Am Schlimmsten war es mit Fleisch und Wurst. Ich werde nie vergessen, wie wir vor Weihnachten Fleisch für einen Braten kaufen wollten, denn dieses Jahr, wo ich wieder zu Hause war, sollte Weihnachten doch groß gefeiert werden. Der Fleischkauf war eine Aufgabe für die ganze Familie. Das Schlangestehen begann abends gegen 19 Uhr. Die ganze Nacht hindurch wechselten sich die Familienmitglieder, die am nächsten Tag nicht in die Fabrik mußten, ab. Alle zwei Stunden, denn länger war es in der eiskalten Nacht nicht auszuhalten. Und wofür? Für ein paar Pfund Schweinefleisch, das man sich nicht mal aussuchen konnte — denn die Fleischlieferungen an die Läden sind kontingentiert. Da gibt es kein: „Darf es Gulasch oder Kotelett sein?", da nimmt man, was da ist. Und wer erst am 30. oder 40. Platz in der Schlange steht, der kann sich die lange Nacht des Wartens ersparen. Bis er zur Theke vorgerückt ist, heißt es längst: „Ausverkauft!"

Mit anderen lebensnotwendigen Gütern ist es nicht anders. Zucker gibt es nur auf Lebensmittelkarten — 1 kg pro Person und Monat. Wer mehr braucht, zahlt einen Aufschlag von 100 Prozent. Kohlen sind nach Haushalten zugeteilt. Wer eine große Familie hat, eine größere Wohnung beheizen muß, friert. Selbst in den teuersten Feinschmeckerlokalen gibt es Dienstag und Donnerstag kein Fleisch. Böse Zungen behaupten sogar hinter vorgehaltener Hand, Gierek sei nur deshalb zum Papst gefahren, um ihn zu bitten, noch mehr Fastentage einzuführen — zum Wohl der polnischen Volkswirtschaft.

Die Wirtschaft in Polen ist völlig ruiniert — das Ergebnis der Wiederherstellung des Kapitalismus. Das Land, das 63 Prozent seiner Fläche landwirtschaftlich nutzt, kann heute seine Bevölkerung nicht ernähren. Es gibt Millionen Rinder, Schweine, Schafe. Aber es gibt kein Fleisch, kein Leder, keine Wolle. Alles, was Polen produziert, wird ausgeführt. Der größte Teil in die Sowjetunion, die ihre Besatzertruppen dort stationiert hat, deren Marionette das Gierek-Regime ist. Aber auch in die USA, in die Bundesrepublik, in andere imperialistische Länder.

Die Schuhe des kleinen Wladimir

Meine Mutter leidet schwer unter Rheuma. Ich hätte ihr zu Weihnachten gern einen warmen Mantel geschenkt. Aber das war finanziell völlig unerschwinglich. So suchte ich nach einem warmen Wolltuch. Es war nirgends aufzutreiben. Nicht mal ein warmer Wollpullover.

Am schlimmsten war die Sache mit Wladimirs Schuhen. Der Kleine geht in den Vorschulkindergarten. Da die Regierung es für zu teuer hält, im Dorf einen solchen Kindergarten zu bauen, muß dieser Knirps Sommers wie Winters ins drei Kilometer entfernte Nachbardorf laufen, ein Kind von nicht sechs Jahren. Wladimirs Schuhe waren schon viel zu klein. Wenn er mittags nach Hause kam, weinte er vor Schmerzen. Seine Füße waren geschwollen und voller Blasen. Ich habe vier Wochen lang nach einem Paar neuer Schuhe für ihn gesucht. Wir sind in die Dörfer in der Umgebung gefahren, in die Stadt. Ich hätte jeden Preis bezahlt, um dem Kerlchen die Schmerzen zu ersparen. Es gab keine Schuhe. Nicht in Wladimirs Größe. Und auf die Frage, wann wieder welche geliefert würden, bekam ich als Antwort nur ein Achselzucken.

Der Arztbesuch

Während meines Besuches wurde Wladimir krank. Er hatte hohes Fieber, meine Schwester traute sich nicht, ihn durch die eisige Kälte zum Arzt zu bringen. Sie rief die Kinderärztin aus dem Nachbardorf. Die polnischen Werktätigen sind krankenversichert — jedenfalls zahlen sie hohe Versicherungsgebühren. Trotzdem mußte meine Schwester 115 Zloty bezahlen für diesen Hausbesuch. Dabei war von Medikamenten noch gar keine Rede — allein für den Anfahrtsweg von einigen Kilometern. Vorsorgeuntersuchungen müssen ebenfalls aus eigener Tasche bezahlt werden.

Überhaupt ist die medizinische Versorgung miserabel. Eine ältere Frau aus unserem Dorf war kurz vor meinem Besuch als Notfall nachts ins Krankenhaus eingeliefert worden. Stundenlang lag sie in ihrem Bett auf dem Flur herum. Niemand versorgte sie. Der diensthabende Arzt war nicht aufzutreiben. Am nächsten Morgen war sie tot!

Aber die Gesundheit der Werktätigen ist dem volksfeindlichen Gierek-Regime ebenso gleichgültig, wie die Frage, wovon die Menschen leben sollen. Da es in Polen offiziell keine Arbeitslosen gibt, gibt es auch keine Arbeitslosenunterstützung. Aber selbst in unserem kleinen Dorf gibt es arbeitslose Jugendliche. Außer bei Gelegenheitsarbeiten während der Erntezeit verdienen sie keinen Pfennig. Und in den Städten, wo die Arbeitslosenzahl noch höher ist, fällt sogar diese Möglichkeit weg, ein paar Zloty zu verdienen. Sie leben sinnlos in den Tag hinein, nicht anders als in der kapitalistischen Bundesrepublik, und träumen von Bluejeans und Rockmusik. Sie haben nichts gelernt, ihr Leben hat keinen Inhalt.

Auch für die Alten ist nicht ausreichend gesorgt. Mutter beispielsweise, die ihr Leben lang in der Landwirtschaft geschuftet hat, bekommt keinen Pfennig, denn mein Vater hat keine Rentenversicherung bezahlt. So fällt sie auf ihre alten Tage den Kindern zur Last, die selbst kaum genug zum Leben haben.

Korruption blüht

Das einzige, was blüht unter diesem bankrotten, heruntergekommenen Regime, ist die Korruption und das Schmarotzertum. Mit Mark und Dollar kann man alles kaufen. Wer einen Arzt schmiert, der wird auch ordentlich behandelt. Selbst meinen vielvermißten Kaffee hätte ich kaufen können — gegen ausländische Währung in der Stadt, unter der Ladentheke — wie ich später erfuhr. Über das Luxusleben polnischer Bonzen ist genug geschrieben worden. Aber unter diesen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen hat sich die Korruption bis in die kleinsten Winkel ausgebreitet. In einem Möbelgeschäft erlebte ich beispielsweise, wie ein junges Paar um eine Polstergarnitur feilschte, an der bereits das Schild „Verkauft" hing. Der Ladenbesitzer erklärte, er könne die Sitzmöbel keinesfalls hergeben, sie seien bereits bezahlt, aber vielleicht... Einige hundert Zloty wanderten in seine Tasche. Ohne mit der Wimper zu zucken, verkaufte er die Möbel noch einmal.

Und zwischen all diesen Parteibonzen, Schmarotzern und Speichelleckern schleicht der Pfaffe umher und hält seinen Klingelbeutel auf, um den Werktätigen mit frommen Sprüchen das letzte Geld aus der Tasche zu ziehen — offiziell abgesegnet von der Regierung. Die polnischen Bauern sind fromm, das ist wahr, aber sie werden eben fromm gehalten von einem Regime, das die Kirche braucht zur Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes.

Der Haß ist groß

In meinem Dorf gab es außer den Parteibonzen kaum einen, der nicht offen seine Wut gegenüber diesem Regime geäußert hätte — offen gegenüber mir, gegenüber Nachbarn und Verwandten. Denn auch die Unterdrückung ist groß. Die polnischen Polizisten sind bekannt dafür, ebenso dumm wie brutal zu sein. Wegen kleinster Kleinigkeiten prügeln sie los. So ist es beispielsweise verboten, sich ohne Fahrkarte im Bahnhofsbereich aufzuhalten. Oft und oft haben meine Verwandten erlebt, wie Menschen zusammengeschlagen wurden, einfach weil sie keine Fahrkarte besaßen. In unserem Dorf ist die aufgestaute Wut auf die Polizei so groß, daß es in letzter Zeit mehrmals vorkam, daß Jugendliche über Polizisten herfielen und sie ordentlich verprügelten. Der Sohn unserer Nachbarn war in eine solche Schlägerei verwickelt. Er saß später mehrere Monate im Gefängnis, ohne daß ihm zu beweisen gewesen wäre, daß er selbst einen Polizisten geschlagen hätte. Es wurde nicht einmal Anklage erhoben. Erst während meines Besuches wurde er entlassen — durch eine höhere Bestechungssumme. Ein anderer Jugendlicher wurde, wie ich inzwischen erfuhr, zu 25.000 Zloty Strafe verurteilt. Mein Vetter wurde kurz nach meiner Rückkehr an seiner Arbeitsstelle verhaftet, weil er seinem Zorn über die Lebensverhältnisse zu laut und zu unvorsichtig Luft gemacht hatte und denunziert worden war. Er ist noch immer in Haft.



1976: Streikende Arbeiter des Traktorenwerkes Ursus haben den Zug Berlin-Warschau gestoppt.

Trotz dieser wilden Unterdrückung bin ich sicher, daß es bald zu neuen Aufständen kommen wird. Der aufgestaute Haß ist so groß, daß es nur eines Funkens bedarf. Noch immer sprechen die Menschen über die Kämpfe in Radom im Juni 1976, als polnische Arbeiter sich zum Kampf erhoben. Mehrere Dutzend wurden erschossen. Niemand weiß die genauen Zahlen, denn die zensierte Presse lügt. Aber daß und wie diese Arbeiter kämpften, wofür sie kämpften, das weiß jeder und hält das Andenken der Opfer von Radom hoch. So wie das polnische Volk heute zu leben gezwungen ist, kann und will es nicht mehr leben. Es wird sich erheben zu neuen Kämpfen — gegen das sozialfaschistische Regime, für die erneute Errichtung der Diktatur des Proletariats.

NPD-Kundgebung in Hannover
Polizisten schützen die Faschisten

Am Samstag, den 28. Januar, organisierte die Faschistentruppe „Junge Nationaldemokraten" in der Innenstadt von Hannover mehrere Stände. „Rotfront verrecke! Tod dem Marxismus!" Mit diesen Parolen tauchte die braune Pest auf. Darunter zwei Faschisten, die eine SA-Uniform trugen. Dieser Provokation für alle Antifaschisten wurde jedoch die gebührende Antwort erteilt. Über 100 Antifaschisten, darunter die Genossen der Partei, sammelten sich am Kundgebungsort der Nazis.

Die Antifaschisten riefen Parolen gegen den Faschismus und bewarfen die Faschisten-Truppe mit Farbbeuteln. Sie konnten die Kundgebung der NPD so stark stören, daß kaum noch ein Wort von der braunen Hetze zu verstehen war. Die Faschisten demonstrierten auch sogleich ihren terroristischen Charakter. Haßerfüllt schlugen sie auf die Demonstranten ein. Ein Antifaschist mußte ins Krankenhaus, weil ihm ein Faschist mit einem Schlagring gegen das Ohr schlug. Ein älterer Faschist haute mit einem Krückstock um sich, der aus Metall gefertigt war. Doch die Demonstranten ließen sich nicht entmutigen, sie kämpften entschlossen weiter. Die Faschisten mußten zahlreiche Schläge einstecken.

Schließlich tauchte die Polizei auf, um die braunen Horden in Schutz zu nehmen. Etwa 20 Polizisten mit Hunden bildeten einen Ring um die Nazis, damit sie ihre Kundgebung weiter durchführen konnten. Aber auch danach zeigten die Demonstranten und Zuschauer ihren Haß auf das faschistische Gesindel. Sie riefen Parolen. Die Polizei räumte den Platz. Brutal und grausam schlugen sie auf die Antifaschisten ein. Mehrmals schossen sie die Chemische Keule ab, aus nächster Nähe, weniger als 10 cm vom Gesicht entfernt.

Diese Kampfaktion der Antifaschisten in Hannover zeigte für viele Beobachter, daß die Faschisten unter dem Schutz der Polizei ihre Provokationen durchführen. Daß dieser Staat nicht nur das Wiederaufleben der braunen Hetze fördert, sondern selbst mit faschistischen Methoden gegen Demokraten und Antifaschisten vorgeht. Deshalb forderte die Partei in Hannover in dem Flugblatt, das sie während dieser Aktion verteilte, auch dazu auf, am Kampftag gegen Reaktion und Faschismus gegen die Faschisierung des Bonner Staates zu demonstrieren!

Kitzingen "Nazis raus aus unserer Stadt!"

Am Samstag, den 21. Januar, machte die NPD in Kitzingen in der Nähe von Würzburg eine revanchistische Großkundgebung. Etwa 120 Faschisten, die meisten von auswärts angereist, sammelten sich zu einem Fackelzug unter dem Motto: „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik." Sie wollten damit Bismarcks Reichsgründung feiern, der schon 1871 sagte: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten." Aber die Antifaschisten in Kitzingen demonstrierten ihre Kampfbereitschaft gegen den Faschismus. „Nazis raus aus unserer Stadt" — dieser Ruf schallte den Faschisten auf ihrem Marsch entgegen.

Die Genossen in Kitzingen berichten: „Gegen diese Provokation hatten sich etwa 50 Jugendliche zusammengefunden. Neben Konfetti und Topfdeckeln zum Lärmen hatten wir auch Wurfgeschosse, Kartoffeln und Eier dabei. Die Polizei schützte die Verbrecher, sonst wäre dem Spuk bald ein Ende gemacht worden. Durch unsere Parolen „Nazis raus aus dieser Stadt" und „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" wurde die Kundgebung vollständig übertönt. Solidarität und Unterhaken verhinderte Festnahmen. Das Versammlungslokal konnten wir jedoch leider nicht besetzen, denn es waren vier Busse mit Polizisten da, die für die Nazis Spalier standen. Wir werden jetzt versuchen, einige der Antifaschisten mit nach Nürnberg zur Demonstration gegen Reaktion und Faschismus mitzunehmen."

Vor dem Versammlungslokal der Nazis prügelten die NPD-Faschisten noch auf einige Demonstranten ein. Die Lokalzeitung schrieb dazu: „Die in Beobachtungsstellung gegangene Polizei griff nicht in das Geschehen ein." Auch hier zeigte sich also wieder die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Faschisten. Deshalb sollten wir uns beim Kampf gegen die offen faschistischen Organisationen nicht täuschen lassen. Die Hauptgefahr für die Wiedererrichtung des Faschismus geht vom Staatsapparat selbst aus. Bonn nimmt Kurs auf ein neues 33.

Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!

Stammheim-Untersuchung

Fortsetzung von Seite 1

noch vielen in Erinnerung sein: „Ein toter Terrorist kann nicht durch Geiselnahme befreit werden!" Diese Mordhetze gegen die politischen Gefangenen erinnert an die Zeit des Faschismus, als in den Kellern der Gestapo und den Konzentrationslagern Zigtausende angeblich durch „Selbstmord" umkamen oder „auf der Flucht erschossen" wurden, wie dann die Morde in der Goebbels-Presse bezeichnet wurden. Wenn die Bundesanwaltschaft jetzt versucht, mit unglaublichen Verdrehungen die Anwälte der politischen Gefangenen zu „Mittätern" am Massaker in Stammheim zu machen, dann dient dies zu nichts anderem, als unbequeme Zeugen des Terrors in den Gefängnissen aus dem Weg zu schaffen und die Wahrheit zu unterdrücken. Denn alles, was bisher ans Tageslicht kam, spricht gegen das Bonner „Selbstmord"-Märchen. Und der Untersuchungsausschuß hilft kräftig dabei, die Tatsachen zu unterdrücken oder zu verdrehen:

• In der Nacht des 18. Oktober, also in der Nacht der Bluttat, wurde ein dpa-Redakteur in Schleswig-Holstein angerufen. Ein Mann sagte, daß Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot sind. Der Redakteur glaubte es nicht, legte sich wieder schlafen und erfuhr am anderen Morgen aus dem Radio vom Tod der politischen Gefangenen. Der Untersuchungsausschuß allerdings unterdrückt diese Information!

• Die Genossin Gudrun Ensslin sprach zu den Gefängnisgeistlichen am 17. Oktober von einer „drohenden Hinrichtung", sie erwähnte drei Briefe, die zunächst auch vom Bundeskanzleramt bestätigt wurden, dann aber später als unauffindbar ausgegeben wurden. Und was macht der Untersuchungsausschuß? Er hilft mit, diesen Widerspruch vom Tisch zu wischen.

• Nicht einmal die normalen und üblichen Untersuchungen wie Spurensicherung und Untersuchung der Todeszeit wurden nach dem Auffinden der Toten vorgenommen. Für den Untersuchungsausschuß kein Problem!

• Die Fingerabdrücke an den Waffen waren weggewischt! Genosse Raspe hatte nicht einmal Blutspritzer an der Hand. Genosse Baader starb an einem Genickschuß. Der Ausschuß prüft nicht einmal, wer die Spuren beseitigt hat!

• Drei Monate nach dem Massaker ist noch immer keine „Erklärung" dafür vorhanden, daß Genosse Baader bisher ungetragene Schuhe mit einem feinen Sandstaub anhatte. Offensichtlich muß das Bundeskriminalamt noch die „richtige Theorie" entwickeln.

• Aus der Pistole, die bei Baader gefunden wurde, wurden drei Schüsse abgefeuert. Ein Zeichen für Selbstmord? Der Ausschuß klärt nicht, welcher Schuß der tödliche war, obwohl man diese Frage leicht anhand der Kratzspuren lösen kann. Offensichtlich ein Vertuschungsmanöver!

• Und schließlich: Warum sollte Genossin Irmgard Möller lügen? Ihre Vermutung, jemand habe sie mit einem Gas betäubt und dann den Mordversuch unternommen, ist nicht abwegig. Im Bonner „Krisenstab" wurde laut „Stern"-Bericht sogar darüber diskutiert, die politischen Gefangenen der RAF unter „Wahrheits"-Drogen zu setzen!

Für wie dumm hält die Regierung eigentlich die Bevölkerung? Glaubt sie wirklich, sie könnte alle diese Tatsachen verdrehen? Durch abenteuerliche Konstruktionen den politischen Gefangenen anlasten? Nach der Art: Irmgard Möller hatte den Pullover hochgezogen, als sie die Messerstiche erhielt — das ist ein Beweis für „Selbstmord". Während die Richtung der Messerstiche von oben nach unten nach gerichtsmedizinischer Erfahrung eindeutig gegen Selbstmord spricht!

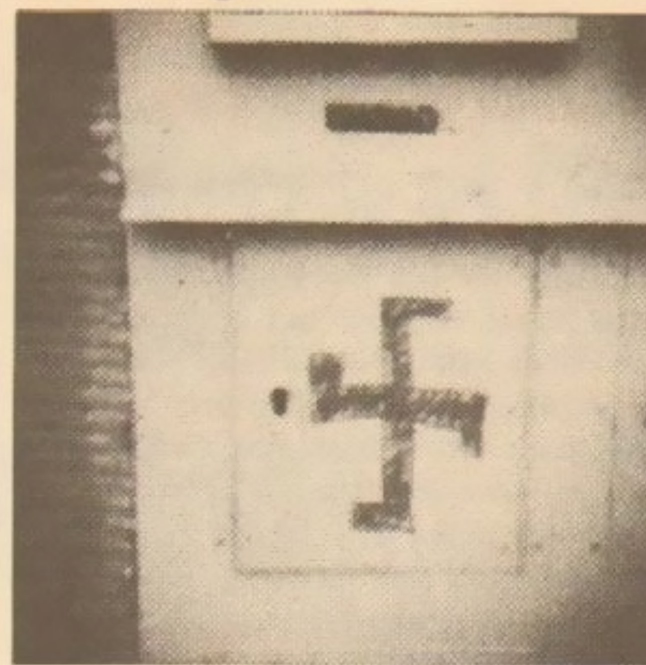
Sogar den Telefonanruf an den dpa-Journalisten versuchen die Behörden in märchenhafter Manier wegzuleugnen. „War diese Information authentisch?", so schreibt die „Zeit" in Zusammenarbeit mit dem BKA, „dann könnte sie — aber das ist reine Spekulation — von Raspe nach draußen gegeben worden sein." Wir werden sicher noch erleben, daß auch diese „Spekulation" von der Bundesanwaltschaft „bewiesen" wird. Möglicherweise durch den „Fund" eines Telefons in den Mauern der Zelle des Genossen Raspe. Schließlich wurde in den Betonmauern des Gefängnisses ein wahres Waffenlager „entdeckt". Nur seltsam, daß außer in diesem Gefängnis, das zu den bestbewachtesten der Bundesrepublik zählt, in keinem anderen, wo politische Gefangene der RAF einsaßen, irgendwelche Waffen „entdeckt" wurden. Und wurde im November noch behauptet, Spürhunde hätten den Sprengstoff und die dritte Pistole entdeckt, so sind es inzwischen Spitzel, die das Bundeskriminalamt „auf die Spur brachten".

Wie auch das „offizielle" Untersuchungsprotokoll im einzelnen aussehen wird, das Ergebnis steht seit langem fest. Gesucht wird nur noch die „Beweisführung" für das, was sein soll. Für uns zählt allerdings immer noch die Aussage von Andreas Baader am 10. Oktober: „Keiner von uns hat die Absicht, sich umzubringen. Sollten wir hier ‚tot aufgefunden' werden, so sind wir in der guten Tradition justizieller und politischer Maßnahmen dieses Verfahrens getötet worden." Für uns zählt die Aussage von Irmgard Möller!

Offensichtlich ist die Gleichschaltung der bürgerlichen Presse nach der Art eines „Reichspropagandaministeriums" schon fast erreicht. Keine bürgerliche Zeitung, die Fragen stellte, die den offenen Widersprüchen und Lügen nachgeht. Wie zur Zeit des Faschismus, als man die Berichte über Konzentrationslager in der ausländischen Presse als „Feindpropaganda" abtat, wird auch heute versucht, die Stellungnahmen der ausländischen Presse, die nicht an „Selbstmord" glaubt, als „Deutschenfeindlichkeit" abzuwehren. Und redet jemand in privatem Kreise oder im Betrieb davon, daß er die Bonner Märchen nicht glaubt, dann wird er vom Staat verfolgt und als „Sympathisant" verleumdet. Der Kurs auf ein neues '33 ist bereits gelegt.

Dieser Staat ist voll verantwortlich für das Massaker, das hinter den Mauern eines seiner Gefängnisse geschah. Er hat mit der Isolationshaft, mit der mörderischen Kontaktsperre, mit seiner Hetze gegen die politischen Gefangenen, mit den eingeschleusten Rasierklingen und Stricken hinreichend demonstriert, daß er die Vernichtung der politischen Gefangenen anstrebt. Die Bluttat in Stammheim geht auf sein Konto! Und es ist sicher, daß die revolutionären Massen diesen Staat dafür zur Verantwortung ziehen werden!

Die richtige Antwort!



Frankfurt. Empörte Bürger aus Riederwald malten dieses Hakenkreuz auf den Briefkasten des Polizisten Eppstein, der Anfang Januar den 24jährigen Arbeiter Klaus Beinert erschossen hat. Dies zeigt, daß der Kampf gegen den Polizeimord in Frankfurt nicht nachläßt!

Auch die Kollegen von RA Groenewold angeklagt

Hamburg. Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat jetzt auch gegen die Rechtsanwälte Koncke und Rogge Anklage wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung erhoben. Gleichzeitig hat sie einen Antrag auf vorläufiges Berufsverbot gestellt.

Diese Anklage soll ein Anwaltsbüro insgesamt kriminalisieren. Denn die Anklage gegen Koncke und Rogge stützt sich allein darauf, daß sie mit Rechtsanwalt Groenewold, der z. Zt. vor Gericht steht, in einem Büro zusammenarbeiten. Deswegen seien sie für das Informationsmaterial an die RAF mitverantwortlich. Mit diesem Angriff versucht die Staatsanwaltschaft, die Arbeit des gesamten Anwaltsbüros lahmzulegen und die fortschrittlichen Anwälte zu ruinieren. Kämpfen wir gegen die Einschränkung der Verteidigerrechte und gegen die Versuche, fortschrittliche Rechtsanwälte zu kriminalisieren!

Bundeskriminalamt terrorisiert ein Kind

Stuttgart. Das Jugendamt der Stadt Stuttgart versucht seit Monaten auf Betreiben des Bundeskriminalamtes den achtjährigen Grischa Speitel aus seiner gewohnten Umgebung herauszureißen und in ein Heim zu stecken. Seit Volker Speitel im Oktober als angebliches RAF-Mitglied festgenommen worden war, terrorisiert das BKA systematisch die Großmutter des Kindes, so daß sie schon einen Kreislaufkollaps erlitt. Mit ständigen Verhören, anonymen Anrufen, mit der Drohung einer Strafanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung setzen das Jugendamt und die Polizei sie ständig unter Druck. In einem Vormundschaftsgespräch rutschte dabei dem Jugendamt die Information heraus, daß es mit den Einweisungsversuchen auf Anweisung des BKA handelt. Dieser Versuch, Grischa in ein Erziehungsheim zu stecken, obwohl er seit Jahren bei einer befreundeten Familie wohnt, zeigt, daß der Staatsschutz nicht einmal vor der faschistischen „Sippenhaft" zurückschreckt! Schluß mit dem Terror gegen Grischa!

Nur „überzeugte Antikommunisten" als Lehrer

Ansbach. Ein Verwaltungsgericht hat dem bayrischen Landesvorsitzenden der Kriegsdienstverweigerer (DFG-VK) die Einstellung als Lehrer verweigert. Das Berufsverbot wurde mit der Begründung ausgesprochen: Wer Beamter werden wolle, müsse ein überzeugter Antikommunist sein. Dieses Urteil ist eine weitere Verschärfung des volksfeindlichen „Radikalen"-Erlasses und eine deutliche Demonstration dessen, was dieser Staat unter „aktivem Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung" versteht: Die Lehrer sollen unsere Kinder zum Haß auf den Kommunismus erziehen. Weg mit den Berufsverboten!

Schon wieder Rasierklingen in der Zelle

Stuttgart. Der inhaftierte Rechtsanwalt Armin Newerla erhielt letzte Woche in der Strafanstalt Heidenheim ein Stück Seife, in dem eine Rasierklinge verborgen war. Die Seife hatte der politische Gefangene innerhalb der Gefängnismauern gekauft. Das ist eine Provokation, genauso wie die Rasierklingen, die bereits Rechtsanwalt Croissant in seiner Zelle fand, und die Stricke, die Baader und Raspe in Briefen vorfanden. Die Rasierklingen zeigen: Das Leben der politischen Gefangenen ist weiter in Gefahr. Lassen wir es nicht zu, daß es noch einmal heißt: „Selbstmord" in den politischen Trakts der deutschen Zuchthäuser. Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Faschist schlägt im Gerichtssaal

Westberlin. Am 24. 1. fand ein Prozeß gegen Ekkehard Weil wegen eines Brandanschlages auf ein SEW-Büro statt. Als der bekannte Faschist das Urteil hörte, stürzte er durch den Gerichtssaal und schlug einem Journalisten das Gesicht blutig. Angeblich, weil er gelächelt hatte. Der Angegriffene erlitt einen Nasenbeinbruch. Weils Gesinnungsfreunde im Zuschauerraum klatschten Beifall und brüllten: „Diese roten Schweine gehören alle an den Baum!" Sie schlugen selbst auf Zuschauer ein und verletzten einen weiteren Besucher.

Wer nun glaubt, der Richter unternahm etwas, ließ den Saal räumen oder Justizbeamte holen — irrt sich. Der Richter reagierte weder auf die Schlägereien noch auf die Zwischenrufe. Ein bezeichnender Vorfall für die bürgerliche Klassenjustiz. Diese Justiz zeigt mehr und mehr ihr faschistisches Gesicht.

Protest gegen das Berufsverbot für Professor Brückner

Hannover. Etwa 600 Hochschullehrer solidarisierten sich am letzten Freitag mit dem Psychologieprofessor Brückner, den der niedersächsische Wissenschaftsminister vom Dienst suspendiert hat. Der Minister hatte dem Professor außerdem verboten, die Räume der Technischen Universität in Hannover zu betreten. Dieser Versuch, einen Professor wegen angeblicher staatsfeindlicher Gesinnung an der Ausübung der Lehrtätigkeit zu hindern, stößt auf breiten Protest unter Studenten und Hochschulangehörigen.

Kritik an der Justiz — verboten

Frankfurt. Die Richter der Staatsschutzkammer Frankfurt haben gegen die Rundfunkjournalistin Barbara Dickmann Strafantrag gestellt. Sie hat in einem Kommentar zu einem Prozeß gegen angebliche RAF-Sympathisanten Kritik geübt: „Das Gericht fand ein Hintertürchen für die Verurteilung". Dieser Satz reichte der Klassenjustiz. Sie will die Journalistin mundtot machen. Die Einleitung dieses Verfahres zeigt, daß die Bestrebungen, die Presse gleichzuschalten, immer schärfer werden. Für Presse- und Meinungsfreiheit!

Jungfaschisten prügeln auf Schüler ein

Kornwestheim. Ein bewaffnetes Rollkommando jugendlicher Faschisten hat in Kornwestheim versucht, ein Fest zugunsten von Amnesty International im Ernst-Sigle-Gymnasium zu sprengen. Etwa 20 Jungfaschisten, mit Schlagstöcken, Nagelschuhen, Schlagringen bewaffnet, am Arm Hakenkreuzbinden, drangen in das Schulgebäude ein. Die Lehrer konnten gerade noch eine größere Schlägerei verhindern.

Der Schulleiter Gerhard Weiß allerdings deckt, so gut er kann, die Faschistentruppe, die meisten dieser Jungfaschisten gehen auf diese Schule. „Wir wollen diese Dinge nicht in die Öffentlichkeit bringen. Für uns ist dies ein erstmaliger und einziger Fall." Dabei sind die nazistischen Umtriebe dieser Schüler seit langem bekannt. Der selbsternannte Führer der Faschistengruppe hat vor den Lehrern Kontakte zur Kampftruppe Hoffmann und zum faschistischen „Studentenführer" Heinzmann in Tübingen zugegeben. Zum Angriff auf das „Friedensfest" äußerte er, Amnesty International sei eine kommunistische Organisation, und auf Kommunisten könne man nur schlagen. Und die Reaktion des Schulleiters: eine leichte Verwarnung. Diese offene Unterstützung von faschistischen Jungbanden an den Schulen kann nicht unbeantwortet bleiben. Weg mit dem Faschisten Weiß! Kampf den faschistischen Banden!

Lest die Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands



Erscheint zweimonatlich
Bestellungen an: RHD,
Stollenstr. 12,
4600 Dortmund.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Besuch in der vereinigten LPG von Pogrec

Liebe Genossen,

ich möchte Euch kurz von unseren Erlebnissen in einer LPG in der Nähe von Korça in Albanien berichten:

Nachdem uns der LPG-Vorsitzende herzlich begrüßt hat, gibt er uns einen kleinen Einblick in Entwicklung und Aufbau der LPG seit ihrem Bestehen: Das Dorf, dessen Bauern nach der Befreiung des Landes erstmals durch die Landreform genügend Boden für den Eigenbedarf erhielten, schloß sich 1953 einem Kollektiv an. 1959 wurden drei LPGs zusammengeschlossen und 1970 acht. Die vereinigte LPG von Pogrec umfaßt heute acht Dörfer mit 1050 Familien und ist in vier Sektoren geteilt. Der Ertrag liegt heute um mehr als 100 Prozent höher als vor der Befreiung. Landwirtschaftliche Maschinen, die früher überhaupt nicht gekannt wurden, können heute in einer Maschinen-Traktoren-Station ausgeliehen werden. Die LPG ist mit Lehrern, Ärzten, Agronomen und Ingenieuren bestens versorgt. Im Zentrum der LPG gibt es zwei Ärzte, Hebammen und Krankenschwestern. Zusätzlich sind noch Krankenschwestern in jedem Dorf tätig. Das Lebensniveau wurde und wird zusehends dem der Stadt angepaßt. So ist in der Wohnung des Bauern die Versorgung mit Strom und Wasser und Einrichtung mit Radio und Fernseher ebenso selbstverständlich wie bei dem Arbeiter in der Stadt.

Nachdem man uns geduldig die vielfältigsten Fragen beantwortet hat, lädt man uns zu einem Rundgang durch das Dorf ein. Als erstes besichtigen wir ein Museum, welches mit Fotos, Dokumenten und Gegenständen aus dem lokalen Befreiungskampf gegen die italienischen und deutschen Faschisten erst kürzlich von den Dorfbewohnern eingerichtet wurde. Geführt werden wir von einem in Ehren ergrauten ehemaligen Partisanen.

Danach zeigt man uns mit berechtigtem Stolz die Achtjahresschule des Dorfes, deren Ausstattung in Biologie-, Physik-, Mathematik- und Geographieräumen getrost jedem Vergleich mit unseren weiterführenden Schulen standhält, wenn sie sie nicht sogar übertrifft. Dazu ist zu sagen, daß heute jedes Dorf eine Grundschule hat, und es zusätzlich für die gesamte LPG eine Mittelschule gibt. (Zum Vergleich: Vor der Befreiung gab es auf dem gesamten Gebiet der heutigen LPG nur eine Grundschule.)

Als wir tiefbeeindruckt die Grundschule verlassen haben, führt man uns zu der Wohnung einer Familie, die uns eingeladen hat. Sofort finden wir herzliche Aufnahme inmitten unserer Gastgeber. Was kümmert es, daß wir nicht dieselbe Sprache sprechen? Dient doch unser gemeinsames Ideal, die vollständige Befreiung von jeglichem Joch, die Erringung bzw. Festigung der vollständigen Freiheit in Albanien, Deutschland, auf der ganzen Welt als hervorragende Verständigung. So ist es auch kein Wunder, daß die helle, klare und kraftvolle Stimme der Tochter unserer Gastgeber, ihr Gesang, der die aufrichtige Liebe des Volkes zu seiner Partei, der PAA, zum Ausdruck bringt, uns tief berührt. Schnell vergeht die Zeit, die ausgefüllt ist mit gemeinsamen Trinksprüchen auf die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk, den immer wiederkehrenden Hochrufen auf die Partei, den Genossen Enver an der Spitze, beim gemeinsamen Singen und dem Wunsch unserer albanischen Klassenbrüder auf Erfolg in unserem Kampf für die Befreiung Deutschlands vom amerikanischen und sowjetischen Joch, bei der Errichtung eines vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschlands. Leicht taumelnd, und das sicherlich nicht nur hervorgerufen durch den ungewohnten Genuß an Raki und Kognak, sondern auch durch das Gefühl, ihn endlich erlebt zu haben, den lebendigen, herzlichen und begeisternden Sozialismus, verabschieden wir uns schließlich von unseren Gastgebern, die ihn so aufrichtig und herzlich verkörpern.

Revolutionäre als „Geisteskranke" verfolgt

Liebe Genossen,

wir alle kennen die Praktiken des sozialfaschistischen Regimes, in der Sowjetunion Kommunisten und Revolutionäre für geisteskrank zu erklären und sie auf diese Art und Weise für Jahre hinter die Gitter ihrer Irrenanstalten verschwinden zu lassen. Wir alle erinnern uns auch der Praktiken der Hitlerfaschisten, Revolutionäre als Geisteskranke in entsprechende Anstalten zu packen, wo sie ebenfalls über den Weg der „Erklärung über unwertes Leben" mit „Euthanasie" bedroht wurden, zumindest aber für Jahre hinter „Krankenhausgittern" verschwanden.

Wer da behauptet, diese Zeiten seien vorbei, täuscht sich. So fand ich heute in einem Lehrbuch für Neurologie und Psychiatrie (ein Buch, das als Unterrichtsbuch an Krankenpflegeschulen verwendet wird) unter dem Abschnitt „Typen der Psychopathie" folgende „Geisteskrankheit": den Fanatiker (Querulant). Nach der Definition sind „Fanatiker Menschen, die von persönlichen oder überpersönlichen Gedanken oder Ideen beherrscht sind und diese ihre Ideen und Überzeugungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen. Es sind Menschen, denen es ‚ums Prinzip' geht, ungeachtet aller Folgen.

Wir unterscheiden persönliche Fanatiker, die z. B. für ihr Recht kämpfen (Michael-Kohlhaas-Naturen), von Ideenfanatikern, die sich einer Idee oder einer Weltanschauung verschrieben haben (z. B. Sektierer). Eine weitere Variante sind die matten Fanatiker, die ihre Anliegen nicht auf kämpferische Weise, sondern durch ‚passiven Widerstand', d. h. durch stille Hartnäckigkeit durchzusetzen suchen.

Die meisten Fanatiker sind jedoch kämpferisch, bisweilen sogar gewalttätige Naturen, die häufig ‚über Leichen gehen'. Manche ‚großen' Männer der Geschichte kann man zu ihnen zählen. Bekannte Typen unter den Fanatikern sind die Rechtsfanatiker, die Sektierer und die Religionsfanatiker, der Parteifanatiker und der Rentenquerulant." Soweit das Zitat. Man braucht nicht viel Vorstellungsvermögen, wenn man manche Gerichtsurteile liest oder die Hetzreden über die angeblichen Ursachen des Terrorismus verfolgt, um sich ausmalen zu können, wie viele Klassenkämpfer, Kommunisten und Revolutionäre nach dieser Definition ohne weiteres per Gerichtsbeschluß in entsprechende Anstalten eingewiesen werden können, um dort für Jahre „sichergestellt" zu werden.

Rot Front! Ein Genosse aus Münster

Parteiveranstaltung:

Hamburg: 10. 2., 19 Uhr, Gaststätte „Jarrestadt", Hamburg-Barmbeck, Kulturabend zum 80. Geburtstag von Bertolt Brecht.

Veranstaltung des KSB/ML:

Westberlin, 9. 2., 18 Uhr, Freie Universität, in der Rostlaube Habelschwerdter Allee, Aufenthaltsraum der Germanisten, zum 80. Geburtstag von Bertolt Brecht.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Stuttgart

10 000 Unterschriften für den Erhalt einer Kinderklinik

10.000 Unterschriften hat eine Bürgerinitiative in Stuttgart für den Erhalt der Städtischen Kinderklinik in der Türlenstraße gesammelt. Denn diese zentral gelegene Klinik soll geschlossen werden. Als „Ersatz" für die damit verbundene Streichung der 100 Betten, bietet die Stadt den empörten Eltern 35 Betten in einem anderen Krankenhaus an.

Nicht nur die Eltern, auch die Angestellten des Krankenhauses in der Türlenstraße wehren sich. Denn für einen beträchtlichen Teil von ihnen wird die Schließung des Krankenhauses Entlassung und Arbeitslosigkeit bedeuten. Bereits im letzten Jahr fanden von einem Kurs von Kinderkrankenschwestern nur zwei bis drei sofort nach dem Examen eine Anstellung.

Und die ÖTV? Der Kreisvorstand Stuttgart sah keinerlei Veranlassung, etwas gegen die drohende Verschlechterung der Gesundheitsversorgung und die geplanten Entlassungen zu unternehmen. Im Gegenteil: Mit dem scheinheiligen Argument, gegen die Schließung sei nichts einzuwenden, wenn daraus dann etwas Sinnvolles, z. B. eine Kinderpsychiatrie entstehe, macht er Stimmung für die Schließung. Diese Politik gegen die Interessen der Stuttgarter Werktätigen stößt aber unter den Mitgliedern der ÖTV auf große Ablehnung. So forderte eine Vertrauensleute-Versammlung der ÖTV (Bereich Gesundheitswesen) durch eine Abstimmung den Kreisvorstand auf, die Bürgerinitiative und den Kampf für den Erhalt der Klinik zu unterstützen. Dagegen konnte sich der Kreisvorstand natürlich nicht offen wenden. Zu deutlich wäre geworden, auf welcher Seite er steht. Deshalb versucht man es eben anders. So wie auf der Sitzung der Betriebsgruppe des größten städtischen Krankenhauses in Stuttgart, wo ganz zum Schluß schnell der Text der Unterschriftensammlung vorgelesen und die Listen herumgegeben wurden. Ohne ein Wort, worum es geht, ohne ein Wort, wie man den Kampf unterstützen kann. Auf die ÖTV-Bonzen kann man sich also im Kampf für den Erhalt der Kinderklinik nicht verlassen. Er kann nur erfolgreich geführt werden, wenn sich die Werktätigen in Stuttgart und die Betroffenen an der Klinik im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen zusammenschließen.



Überfülltes Krankenhaus in Dortmund. Die Patientinnen mußten sogar auf dem Flur übernachten.

500 Betten weniger in Nürnberg

In Nürnberg sollen 600 Krankenhausbetten gestrichen werden. „Die Rote Spritze", Betriebszeitung der KPD/ML für das Klinikum der Stadt Nürnberg, entlarvte kürzlich die Lügen vom angeblichen „Bettenübergang" und zeigte, daß die Nürnberger nicht weniger, sondern mehr Betten brauchen. Denn die Zahl der Werktätigen, die einen Platz im Krankenhaus brauchen, wächst. So gab es im Klinikum Nürnberg 1975 ca. 25% mehr Zugänge als 1970. Es gibt Stationen, z. B. die Innere Medizin, wo die Zunahme bei 80% liegt. Im ganzen Jahr 1976 hatte das Krankenhaus 41.000 Patienten, bis zum November 1977 waren es bereits 50.000!

Wenn trotzdem Betten gestrichen werden, dann deshalb, weil dem kapitalistischen Staat andere Dinge wichtiger sind als die Gesundheit der Werktätigen. Zum Beispiel die Polizei. Während in Nürnberg 600 Betten gestrichen werden, gibt es gleichzeitig 600 neue Planstellen für die Polizei und ein neues Polizeipräsidium!

Explosion der Sozialmieten

Empörung über (un)sozialen Wohnungsbau

Wer einen Mietvertrag abschließt, kann normalerweise davon ausgehen, daß es an dem einmal abgemachten Mietpreis nichts mehr zu rütteln gibt. Nicht so im sozialen Wohnungsbau. Das mußten die Mieter des Wohnrings 16 im Hamburger Stadtteil Steilshoop Ende letzten Jahres erfahren. Da erhielten sie nämlich den Bescheid über eine Mieterhöhung von 30 Pfg/qm — rückwirkend für die letzten drei Jahre. Begründung: Erst jetzt, drei Jahre nach der Fertigstellung der Wohnungen, hätten die Baukosten endgültig berechnet werden können.

Das ist ein besonders krasses Beispiel dafür, was es mit dem Schutz der Mieter im sozialen Wohnungsbau auf sich hat. Nämlich gar nichts. Mieter in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus sind im Gegenteil einem hemmungslosen Mietwucher ausgeliefert. Da hilft es auch nichts, wenn in den Mietverträgen von einer sogenannten Sicherheit vor unvorhergesehenen Mietsteigerungen die Rede ist. So bekamen etwa die Mieter, die 1974/75 in neue Sozialwohnungen im Stuttgarter Wohngebiet Spitalwald einzogen, im letzten Herbst folgende Rechnung aufgemacht: Sofortige Mieterhöhung von 64 DM; ab 1. 1. 1979 eine weitere Mieterhöhung von 85 DM; ab 1. 1. 84 141 DM mehr Miete und weitere 22 DM mehr ab 1. 1. 1985. Für die Mieter von Spitalwald bedeutet das, daß ihre ursprüngliche Miete von 270 DM sich innerhalb von 10 Jahren auf 580 DM verdoppelt!

Das ist beileibe keine Einzelfall. Es ist vielmehr die Regel. Denn wer Sozialwohnungen baut, erhöht dafür 14 Jahre lang Subventionen und andere Vergünstigungen aus unseren Steuergeldern. Diese Subventionen werden im Lauf der 14 Jahre stufenweise niedriger. Im gleichen Maß aber steigen in dieser Zeit die Mieten. Für die Vermieter, die großen Wohnungsbaugesellschaft wie die „Neue Heimat", die verschiedenen „Gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften der Städte usw. ist der soziale Wohnungsbau also eine sichere Goldgrube. Für die Werktätigen dagegen bedeutet er laufende Mieterhöhungen. Und zwar in der Regel noch krassere als im freifinanzierten Wohnungsbau. So stiegen die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau von 1970 bis 1977 um ca. 38%. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau dagegen um ca. 48%! Und so wird es auch in Zukunft weitergehen. Entsprechend den Worten von Wohnungsbauminister Ravens, daß der soziale Wohnungsbau nicht zu einem Arme-Leute-Wohnungsbau werden dürfe, wird uns in den nächsten Jahren weiter das Geld aus der Tasche gezogen werden. Mietervereine rechnen für Sozialwohnungen bis Anfang der 80er Jahre mit einem Quadratmeterpreis von 10 bis 13 DM.

Das aber bedeutet, daß für viele Familien bald der halbe Lohn für die Miete draufgehen wird. Sie bekommen am eigenen Leib zu spüren, daß „sozialer" Wohnungsbau im Kapitalismus nichts ist als Betrug, bei dem die Mieter arm und die Wohnungsbaugesellschaften reich werden. Wirklich „sozial" werden die Mieten erst werden, wenn die Arbeiterklasse die Macht in Deutschland hat und selber die Gesetze macht. So wie heute bereits in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, wo die Mieten nur 1% oder 2% vom Lohn ausmachen.

Mieter, fordert euer Geld zurück!

heißt es in einem Flugblatt der Partei im Hamburger Stadtteil Steilshoop. Denn nicht genug damit, daß die Wohnungsbaugesellschaften wie etwa die SAGA (Gemeinnützige Siedlungs- und Aktiengesellschaft Hamburg), deren Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburger Bausenator Bialas ist, den Werktätigen mit viel zu hohen Mieten das Geld aus der Tasche ziehen, sie haben sie auch noch jahrelang systematisch betrogen.

Jahrelang haben die Mieter jedes Jahr 20 DM Bearbeitungsgebühr an die Hamburger Elektrizitätswerke gezahlt, die die Siedlungen mit Fernwärme versorgt. Und das, obwohl sie gleichzeitig an die Wohnungsbaugesellschaft eine Jahrespauschale von 180 DM für Verwaltungskosten zahlten. Entweder die Elektrizitätsgesellschaft oder die Wohnungsbaugesellschaften haben also die Mieter jahrelang systematisch um 20 DM betrogen! Als die Sache jetzt ans Tageslicht kam, wollte es natürlich keiner gewesen sein. Statt den Mietern das Geld zurückzuzahlen oder sie wenigstens über die Sache zu informieren, wollen sich beide jetzt zusammensetzen, um gemeinsam zu überlegen, wie sie sich am besten aus der Affäre ziehen können.

Sollen sie! Die Mieter werden nicht so lange warten, bis die Herren sich einig sind. Ihre Forderungen sind klar. Im Flugblatt der Partei heißt es: „Wir fordern sofortige Zurückzahlung sämtlicher Bearbeitungsgebühren für die Belieferung der Fernwärme von der HEW sowie der Zinsbeträge dafür!" Als ersten Schritt haben die Mieter Forderungsschreiben an die HEW geschickt. Sollte diese Maßnahme keinen Erfolg bringen, werden weitere Schritte überlegt.



HERNE

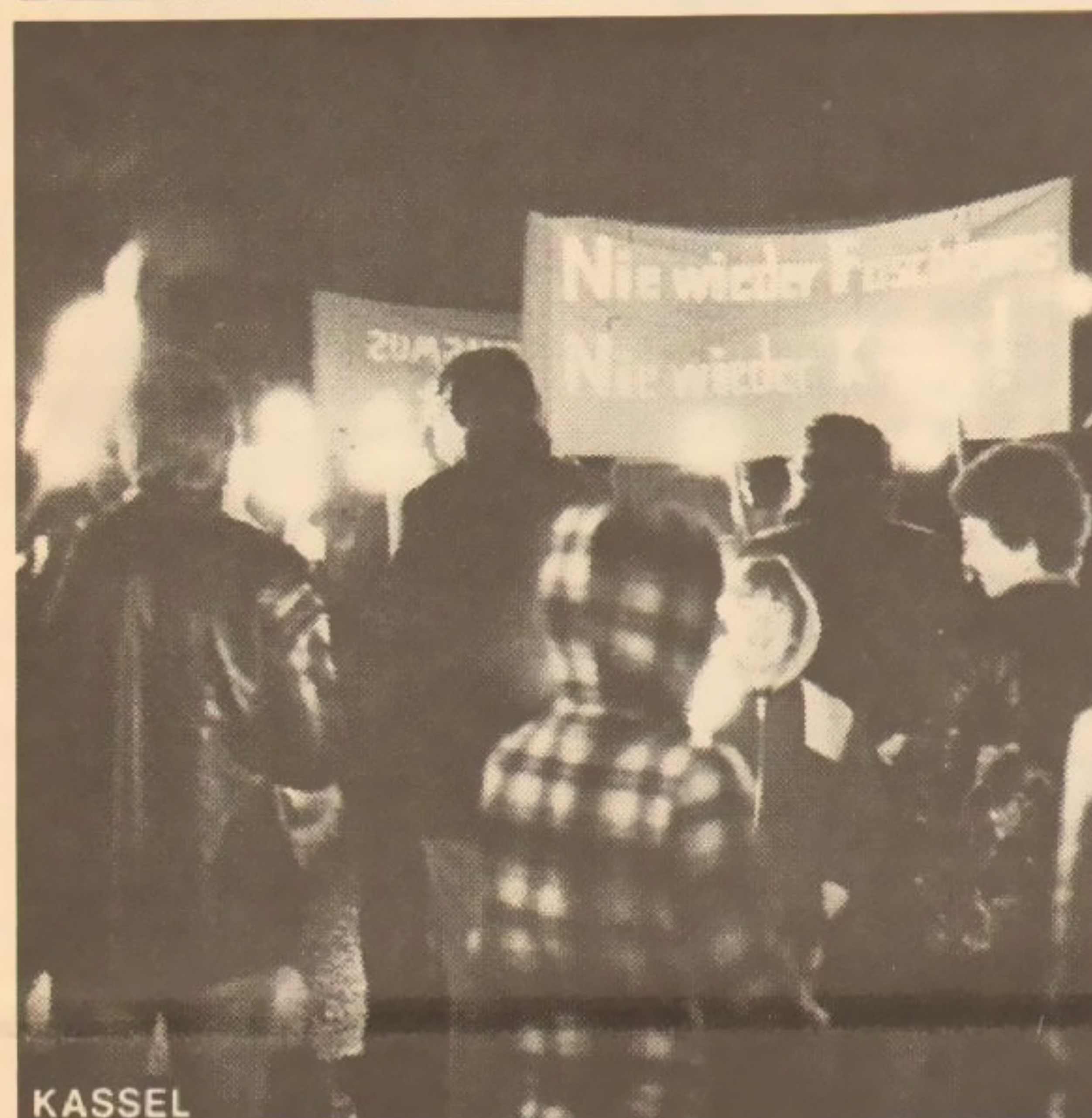


HERNE

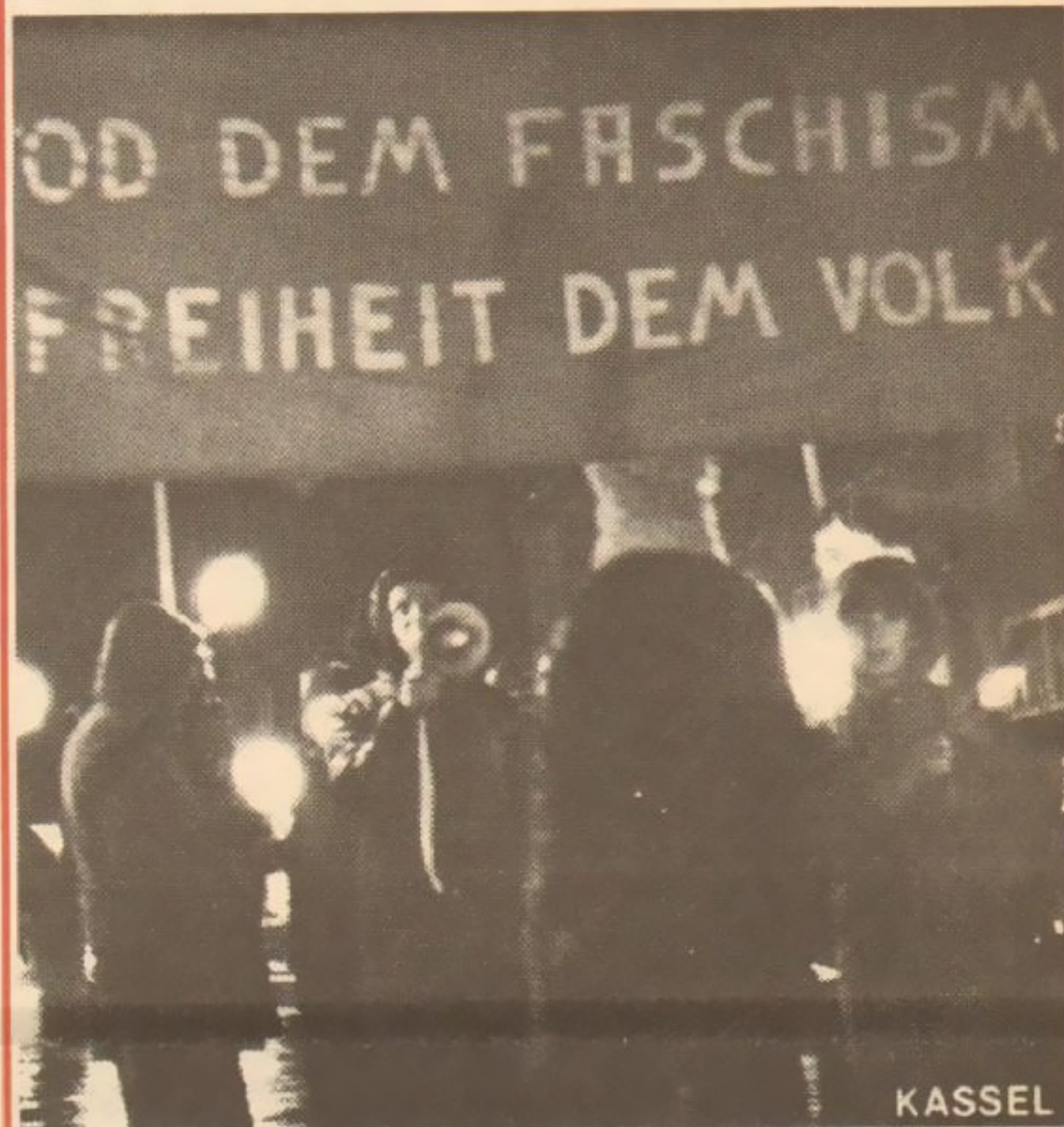
30. Januar - Kampftag gegen Reaktion und Faschismus

Weit über 2.000 Menschen beteiligten sich an den Fackeldemonstrationen gegen Reaktion und Faschismus, zu denen die KPD/ML in Bielefeld, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Herne, Kassel, Kiel, München, Nürnberg, Stuttgart und Westberlin aufgerufen hatte. Am 30. Januar, dem 45. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers bekundeten sie ihre Entschlossenheit, Reaktion und Faschismus niederzuschlagen, ein neues '33 zu verhindern.

80-100 Menschen nahmen in Stuttgart — trotz Schnee — am Fackelzug teil. In Hamburg waren es anfangs 200, am Ende wesentlich mehr. Denn viele reihten sich unterwegs in den Fackelzug ein. Dem Bremer Fackelzug, an dem ca. 100 Genossen und Freunde teilnahmen, wurde ein großes, beleuchtetes Bild vom Druckerstreik mit der Aufschrift „Tod dem Faschismus" vorangetragen, das große Aufmerksamkeit bei den Bewohnern des Bremer Arbeiterviertels Neustadt fand. Rund 250 Menschen demonstrierten in Kiel gegen Reaktion und Faschismus. In Frankfurt und Kassel waren es ca. 260 Menschen, die unter den antifaschistischen Losungen demonstrierten. In Bielefeld versammelten sich rund 300 Demonstranten zum Kampftag gegen Faschismus und Reaktion. Viele reihten sich ein. Darunter drei Jugendliche, die von der Demonstration so begeistert waren, daß sie gleich mit auf die anschließende Veranstaltung gingen. 140 Menschen waren es in Düsseldorf, die durch das Arbeiterviertel Reisholz demonstrierten. In Herne nahmen ca. 350 Menschen an der Fackeldemonstration teil. (Über die Fackelzüge in München, Nürnberg und Westberlin berichten wir im nächsten „Roten Morgen").



KASSEL



KASSEL



FRANKFURT


FRANKFURT



BIELEFELD



BIELEFELD

Aus aller Welt

Tunesien: 40 streikende Arbeiter erschossen

Erstmals seit 1956 haben die tunesischen Arbeiter in der vergangenen Woche einen 24stündigen Generalstreik durchgeführt. Schon vorher hatte es überall im Land Streiks und Demonstrationen der Arbeiter gegeben. Die tunesischen Arbeiter fordern nach einem fünfjährigen Lohnstopp Lohnerhöhungen und ein Ende der Preissteigerungen, die ihren Lebensstandard immer weiter absinken lassen. Um die Interessen der kapitalistischen Ausbeuter zu schützen, ließ die tunesische Regierung die Polizei und Militäreinheiten gegen die streikenden Arbeiter aufmarschieren. Diese gingen mit äußerster Brutalität vor, um den Streik zu unterdrücken. In der Hauptstadt Tunis starben mindestens 40 Arbeiter im Kugelhagel der Polizei und Armee-Einheiten.

Namibia: Siege der Patrioten

In der Nähe von Windhuk und im Norden Namibias haben im Januar heftige Kämpfe zwischen den rassistischen Truppen des Vorsterregimes und den namibischen Befreiungskräften stattgefunden. Dabei fügten die Patrioten den Rassistentruppen große Verluste an Menschen und Material zu. Der Befreiungskampf des namibischen Volkes hat die Vorster-Clique und ihre imperialistischen Hintermänner in größte Unruhe versetzt. Sie unternehmen alle Anstrengungen, diesen Kampf niederzuhalten. So erklärte der Außenminister des rassistischen Regimes in Südafrika erst vor kurzem, es könne überhaupt keine Rede von einem Abzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia sein. Das steckt in Wirklichkeit hinter den demagogischen Manövern über eine angebliche Unabhängigkeit Namibias, von der die amerikanischen und britischen Imperialisten und die südafrikanischen Rassisten dauernd reden. Das Volk von Namibia ist jedoch trotz Unterdrückung und Demagogie entschlossen, den bewaffneten Kampf weiterzuführen und die Freiheit auf dem Schlachtfeld zu erkämpfen. Diese Entschlossenheit kommt auch in einer Erklärung der SWAPO, der Volksorganisation Südwestafrikas zum Ausdruck, in der es heißt, daß die Patrioten nicht auf den Kampf mit der Waffe in der Hand verzichten werden.

Indien: Welle von Volkskämpfen

Indien, diese große Bastion der Reaktion und des Imperialismus in Asien, wurde erneut von einer breiten Klassenbewegung der werktätigen Massen erfaßt, die gegen die volksfeindliche Politik des Delhi-Regimes protestieren. Trotz der Bemühungen der einheimischen feudalbürgerlichen Oligarchie, diese wachsende Woge des Volkshasses mit hemmungslosen barbarischen Methoden zu unterdrücken, steigt diese weiterhin an.

Vom Bundesstaat Maharashta aus, wo sich 900.000 Werktätige erhoben, verbreitete sich die Streikbewegung auch auf andere indische Staaten wie Uttar Pradesh, Assam, Bengal usw. Besonders stark war die Bewegung in Bombay, Kalkutta und Delhi, gerade dort, wo sich der Großteil des indischen Proletariats konzentriert.

Den Kern ihrer Forderungen bilden die Forderungen nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und Preissenkungen. Im Gegensatz zur zügellosen Demagogie, derer sich Desais Mannschaft während der Wahlkampagne bediente, und den Versprechungen, Indien aus der schweren politischen und wirtschaftlichen Lage herauszuholen und seine wirtschaftliche Blüte, demokratische Freiheiten usw. zu garantieren, hat sie den werktätigen Massen Indiens nur neue Preiserhöhungen, zügellose Gewalt und Terror gebracht.

Die englische bürgerliche Zeitung „Economist" schrieb vor kurzem, daß in Indien die Preise innerhalb eines Jahres um 12% erhöht wurden. Die Zahl der arbeitslosen indischen Arbeiter beläuft sich auf 60 Millionen.

Bei seiner betrügerischen Propaganda hat Desai auch die vorbehaltlose Hilfe seiner Oberherren, der beiden imperialistischen Supermächte. Ihre Propaganda ergeht sich verschwenderisch in Lobeshymnen für das reaktionäre Regime von Delhi. Sie spricht von einer Änderung der Lage in Indien und einer Umgestaltung, die sich dort angeblich vollzogen habe. Diese Euphorie soll die indischen Volksmassen betrügen. Moskau spricht sogar von „sozialistischen Umgestaltungen" und Carter von der „Blüte der Demokratie" in Indien. Andere wiederum bezeichnen dieses Land als eine „große Kraft".

Die Realität, der Verlauf der Ereignisse zeigen aber genau, daß Indien in die Pläne der Supermächte einbezogen ist und unter deren Druck zu einer wahren Hölle für die Massen der einfachen Werktätigen, zu einem Werkzeug des USA-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus im Dienste ihrer hegemonistischen und expansionistischen Absichten nicht nur in Indien, sondern in den Nachbargebieten wird.

Das indische Volk, das doppelt ausgebeutet und unterdrückt wird, findet sich mit dieser Lage nicht ab. Es entfaltet deshalb eine machtvolle Klassenbewegung und gibt seinem unauslöschlichen Haß gegen das Regime von Desai Ausdruck. Mit seinen Angriffen gegen diesen eifrigen Lakai des Imperialismus und der Reaktion kämpft das indische Volk zugleich auch gegen die Pläne der imperialistischen Mächte. Der wachsende Volkshaß gegen das reaktionäre Regime von Delhi zeigt klar, daß das indische Volk sich mit dem Zustand der Ausbeutung und Unterdrückung nicht abfindet. Es ist fest entschlossen, bis zuletzt zu kämpfen, wie stark die Unterdrückung auch sein mag, wie demagogisch das herrschende Regime und die imperialistischen Mächte auch vorgehen mögen.

Nicaragua: Generalstreik gegen das Regime Somoza

Am 23. Januar ist in Nicaragua der Generalstreik gegen das faschistische Regime des Diktators Somoza, eines Lakaien des USA-Imperialismus, ausgerufen worden, der praktisch das ganze Land lahmgelegt hat. Ausgelöst wurde der Generalstreik durch die Ermordung des oppositionellen Politikers Chamorro am 10. Januar. Der Mord wurde direkt von den amerikanischen Imperialisten und Angehörigen der Somoza-Clique organisiert. Einer der Täter hat inzwischen zugegeben, daß er für den Mord 100.000 Dollar u. a. vom ehemaligen Präsidenten der staatlichen Entwicklungsbank und dem amtierenden Parlamentssprecher erhalten habe. Die Mörder Chamorros erhielten inzwischen Asyl in der US-amerikanischen Botschaft, bekamen dort Pässe der USA und wurden nach den USA ausgeflogen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



"A Classe Operaria"

Die KP Brasiliens begrüsst die gemeinsame Erklärung

Vor kurzem sendete Radio Tirana einen Artikel der Zeitung „A Classe Operaria", des Zentralorgans der KP Brasiliens, in dem unsere brasilianische Bruderpartei ihre Unterstützung für die gemeinsame Erklärung der fünf europäischen marxistisch-leninistischen Parteien zum Ausdruck bringt. Wir drucken im folgenden Auszüge aus diesem Artikel ab.

„Die gemeinsame Erklärung der wahren marxistisch-leninistischen Parteien Deutschlands, Spaniens, Griechenlands, Italiens und Portugals ist von großer internationaler Bedeutung. Sie drückt nicht nur eine entschlossene und klare Haltung zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und eine konsequent revolutionäre Strategie aus, sondern auch den Kampf gegen alle Arten des Opportunismus und die verschiedenen Strömungen des modernen Revisionismus, besonders gegen die revisionistische Strömung, die die ‚Theorie der drei Welten' propagiert.

Die fünf Parteien, die diese gemeinsame Erklärung unterzeichneten, bekunden entschieden ihre Treue zur unbesiegbaren Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin, ihre Entschlossenheit, im Kampf für die Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus eine revolutionäre, proletarische Linie zu verfolgen. Die KP Brasiliens begrüßt aufs wärmste und unterstützt entschieden die gemeinsame Erklärung der fünf kommunistischen Bruderparteien, mit denen uns die engen Bande des proletarischen Internationalismus und die Treue zum Marxismus-Leninismus verbinden.

Halten wir die ruhmreiche Fahne des Marxismus-Leninismus hoch!

Zu einer Zeit, da sich alle wesentlichen Widersprüche unserer Zeit vertiefen, ist es sehr wichtig, daß wir die ruhmreiche Fahne des Marxismus-Leninismus hochhalten, wie es in der gemeinsamen Erklärung der kommunistischen Parteien Europas heißt. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich immer mehr. In Europa und auf der ganzen Welt wird der Klassenkampf verstärkt. Heute ist es mehr denn je notwendig, dem Proletariat und den Völkern den revolutionären Weg zu weisen, auf dem sie sich von jeder Ausbeutung und Unterdrückung befreien werden...

Die KP Brasiliens betont, daß das Proletariat und die Bourgeoisie diametral entgegengesetzte, unvereinbare Klasseninteressen haben, was unvermeidlich zu ständigen Zusammenstößen führt, bis zur Zerschlagung des kapitalistischen Regimes und zum Sieg des Sozialismus.

Unvermeidlich wird die Idee des Sozialismus die Gedanken von Millionen Werktätigen Europas erobern, wird sich in ihrem Bewußtsein immer mehr die Notwendigkeit der proletarischen Revolution festsetzen, besonders, wenn sie eine marxistisch-leninistische Partei als Vorhut haben.

Es ist eine große Freude zu wissen, daß im kapitalistischen oder revisionistischen Europa Parteien kämpfen, die der revolutionären Lehre des Marxismus-Leninismus treu sind. Europa ist die Wiege des Proletariats und des sozialistischen Gedankens. Die europäische Bourgeoisie bemüht sich nach Kräften, mit Korruption und mit Betrug diese revolutionären Traditionen zu verdunkeln. Sie weiß wohl die von Lenin bürgerliche Arbeiterparteien genannten Kräfte einzusetzen, um ihre Herrschaft zu verlängern. Fast jedes Land in Europa von Portugal bis zur Sowjetunion, von Norwegen bis Italien, wird mit Hilfe von sozialistischen, sozialdemokratischen und revisionistischen Parteien regiert. Diese Lakaien der Bourgeoisie lassen nichts unversucht, um das Proletariat und die werktätigen Massen vom Kampf abzuhalten, um sie auf den Weg der friedlichen Reformen, der Klassenzusammenarbeit, der Verteidigung der nationalen Interessen der Bourgeoisie zu führen."

Den Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus bis zu Ende führen!

„A Classe Operaria" hebt dann hervor, daß die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, der Verfall des Kapitalismus, seine allgemeine Krise, die relative und absolute Verelendung des Proletariats und der Klassenkampf weiterhin wirken, alle Widersprüche des kapitalistischen Systems aufs äußerste zuspitzen und den Boden für die Revolution vorbereiten. Das alte System ist am Verfaulen. Die Bourgeoisie hat beim Regieren des Landes nach wie vor große Schwierigkeiten, während sich unter den unterdrückten Massen die Unzufriedenheit und der Wunsch nach Veränderungen ausbreiten. Die objektiven Bedingungen für die Revolution reifen schnell heran.

„A Classe Operaria" schreibt weiter: „Angesichts dieser Realität ist die Sache der Revolution, wie Genosse Enver Hoxha vollkommen zu Recht sagte, ‚nicht mehr nur ein Ideal und eine Perspektive, sondern ein Problem, das zur Lösung ansteht'. Darum müssen die subjektiven Bedingungen geschaffen werden, die den günstigen Anforderungen der objektiven Realität entsprechen.

Die marxistisch-leninistische Bewegung in Europa und auf der Welt muß daher unbedingt von der Schlakke des Opportunismus befreit werden. Sie muß den Kampf gegen den Revisionismus und den Opportunismus theoretisch, politisch und organisatorisch bis zu Ende führen, die Lehre des Marxismus-Leninismus verteidigen und schöpferisch anwenden. Die internationale kommunistische Bewegung wird es sicherlich verstehen, die aufkommenden Herausforderungen zu beantworten. Sie wird es verstehen, diejenigen zu entlarven und zu isolieren, die das Ziel haben, die große Sache des Proletariats und der Völker der Welt den Interessen und Ambitionen der einen oder der anderen Supermacht unterzuordnen.

Die Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien festigen!

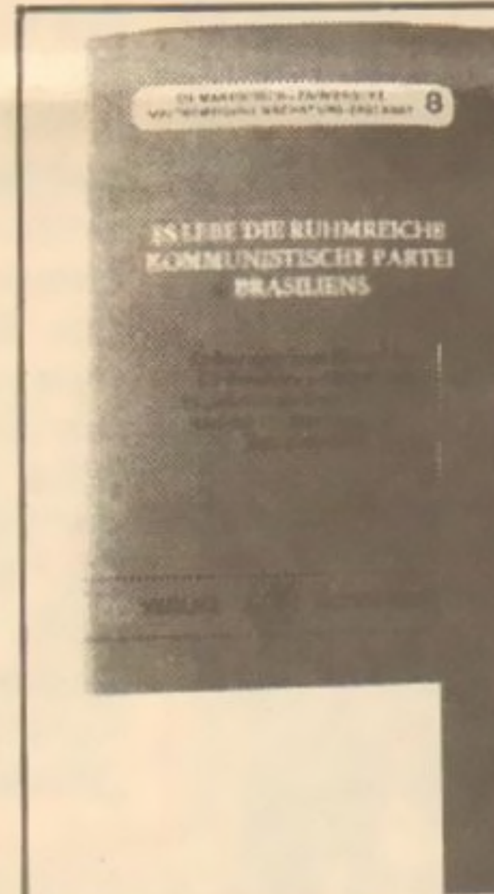
Die KP Brasiliens hebt hervor, daß die gemeinsame Erklärung der marxistisch-leninistischen Parteien Europas und auch die der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas als eine der Hauptaufgaben die Festigung der Beziehungen zwischen der Vorhut des Proletariats aller Länder, die Verstärkung ihrer Einheit und Zusammenarbeit festlegt. Die Vertiefung des Klassenkampfes, das Zusammenwirken der Tiebkräfte der Revolution, die Notwendigkeit, daß das Proletariat seinen Platz als führende Kraft der Revolution einnimmt, machen die Kampflosung des Kommunistischen Manifests ‚Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!' noch machtvoller. Das ist die einzige Handlungsweise, die den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, der Notwendigkeit der proletarischen Weltrevolution entspricht.

Das Proletariat ist eine internationale Kraft, die für die Zerschlagung der anderen internationalen Kraft, der Bourgeoisie, kämpft. Der Internationalismus, die internationale Solidarität, die Einheit des Handelns der Arbeiter aller Länder ist eine Notwendigkeit, eine unerläßliche Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus. Der Weltkapitalismus kann nicht bezwungen und der Sozialismus kann nicht errichtet werden ohne den solidarischen Kampf aller Werktätigen der Welt.

Solidarität mit der SVR Albanien und der Partei der Arbeit!

Wenn wir den unschätzbaren Wert der Prinzipien und der Praxis des proletarischen Internationalismus für die Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Parteien betonen, so stimmen wir mit den marxistisch-leninistischen Parteien Europas, die die gemeinsame Erklärung unterzeichnet haben, darin überein, daß die Solidarität mit der Sozialistischen Volksrepublik Albanien eine hohe Pflicht ist. Das Vaterland Enver Hoxhas ist heute das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa und auf der ganzen Welt. Die Partei der Arbeit Albaniens ist ein Vorbild für Heldentum und Mut, für Entschlossenheit und Beharrlichkeit im Kampf für die Verteidigung der Reinheit des Marxismus-Leninismus. Schließen wir die Reihen zusammen um Albanien und die Partei der Arbeit Albaniens! Verteidigen wir sie gegen die gemeinsamen Angriffe der Imperialisten und Revisionisten der verschiedenen Sorten! Das ist eine unbedingte Aufgabe aller Kommunisten!

Die KP Brasiliens ist mit den Bruderparteien Europas einverstanden und drückt ihre Überzeugung aus, daß die kommunistische Weltbewegung sich trotz der Schwierigkeiten entwickeln und festigen wird, denn sie findet ihre unbezwingbare Kraft in der Theorie des Marxismus-Leninismus und in den machtvollen Kämpfen der Klasse. Die KP Brasiliens ist fest entschlossen, zum Sieg der gemeinsamen Sache beizutragen, ohne jemals mit den Prinzipien Schacher zu treiben und ohne den Kampf gegen die Renegaten und die Verräter des Proletariats einzustellen."



Es lebe die ruhmreiche Kommunistische Partei Brasiliens: Dokumente des kompromißlosen ideologischen und praktischen Kampfes der KP Brasiliens, ihres Kampfes gegen die brutale faschistische Diktatur, gegen den Opportunismus und den Chruschtschow-Revisionismus während der über 55 Jahre ihres Bestehens. 100 Seiten, 3 DM.

Gemeinsame Erklärung der KPD/ML, der KP Griechenlands (ML), der KP Italiens (ML), der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut), der KP Spaniens (ML). Oktober 1977. 40 Seiten, 1,50 DM. Ebenfalls lieferbar in englischer und französischer Sprache.

Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500 568.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Reportage (Teil 3)

In dieser Ausgabe bringen wir den dritten Teil der Reportage „Für Spaniens Freiheit". Geschrieben wurde dieser Bericht von einer Genossin, die Ende letzten Jahres als Gast unserer spanischen Bruderpartei, der illegalen KPSp/ML, Spanien besuchte. Im ersten Teil hatte sie über die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der spanischen Genossen, im zweiten über die politische Unterdrückung berichtet.

Für Spaniens Freiheit!

Wir verlassen Kastilien und kommen in die Mancha. Aus dieser Provinz stammt Don Quichote. Das Land ist hügelig, fast bergig. Hauptsächlich Oliven werden hier angebaut, und die Olivenmühlen sind das Wahrzeichen dieser Provinz. Je weiter wir nach Süden fahren, desto höher und schroffer werden die Berge, grau und ohne jede Vegetation. Unser Weg führt uns vorbei an Ocaña, dem härtesten Strafgefängnis im ganzen Land. Es liegt auf einem Hügel. Rundherum sehen wir noch Unterstände und Einschüsse aus dem national-revolutionären Krieg. Damals haben hier große Schlachten stattgefunden.



Auf den Mauern der kleinen Häuser von Orihuela...

Gegen Mittag erreichen wir Alicante. Wir treffen uns mit einer Genossin vom Parteikomitee. Gemeinsam fahren wir zum Mittagessen in ein volkstümliches Restaurant in der Nähe des Strandes, der von unzähligen Betonklötzen — Touristenhotels — verunstaltet ist. Wir bestellen uns die berühmte Paella, eine Spezialität des valenzianischen Volkes. Das Geheimnis ihrer richtigen Zubereitung liegt einmal im richtigen Wasser, zum andern im Holz des Orangenbaums, das man zum Feuern nimmt. Die Genossin hat für mich schon ein Programm für den Nachmittag und den Abend vorbereitet. Wir fahren über Elche, das bekannt ist für seine Schuhindustrie und die unzähligen Palmen, nach Orihuela. Das ist eine kleine Stadt südlich von Alicante, an der Straße nach Murcia.

Die Ehrung für Miguel Hernandez

Es ist der Geburtsort von Miguel Hernandez, dem Dichter des spanischen Volkes, dem großen Republikaner. Im national-revolutionären Krieg hat er klar Stellung bezogen und mit der Waffe in der Hand in der republikanischen Armee für die Freiheit des spanischen Volkes gekämpft. Die Faschisten haben ihn 1939 eingekerkert, und zwei Jahre später haben sie den kranken Dichter hilflos sterben lassen. Der faschistische Staat hat alles unternommen, um das Andenken dieses weltbekannten Dichters zu unterdrücken. Aber das Volk hat ihn natürlich nicht vergessen.

Im Jahre 1976 haben die Partei und andere fortschrittliche Organisationen zu einer „Homenaje", einer Ehrung Miguel Hernandez', aufgerufen. Viele Künstler sind daraufhin in den Arbeiterstadtteil von Orihuela gekommen. Man findet hier die typischen niedrigen weißen Häuser, die in Madrid chabolas genannt werden. Die Straßen sind eng, getrockneter Lehm bildet die Straßendecke. Kinder spielen draußen, Erwachsene stehen in den Türen. Die Sonne steht noch hoch am Himmel.

Wir steigen eine schmale Gasse hinauf. A. O. A. steht auf einem Schild an einem Haus. „Hier ist das Büro der A. O. A. in Orihuela", sagt die Genossin stolz. „Vor einigen Monaten ist es eröffnet worden. Wenn wir Bürodienst machen, kommen die Nachbarn und bringen uns zu essen und zu trinken. Sie zeigen ein großes Interesse an der A. O. A." In diesem Stadtteil gibt es auch eine Zelle der Partei.

Jetzt sehe ich, wie die Genossen Miguel Hernandez geehrt haben. Die Wände der Häuschen sind mit überdimensionalen Bildern bedeckt: Szenen aus dem national-revolutionären Krieg, republikanische Fahnen, Bilder aus dem Leben des Volkes. An die dreißig Gemälde dieser Art habe ich gezählt. Damals wollte die Polizei die Ehrung für Miguel Hernandez verhindern. Aber die Bevölkerung von Orihuela hat die Aktion verteidigt. Seit dieser Ehrung gibt es auch die Parteiorganisation hier. Die Menschen in dieser Stadt sind hauptsächlich in der Textilindustrie beschäftigt. Vor allem die Frauen werden unverschämt ausgebeutet. Sie verdienen nicht mehr als 9.000 Peseten im Monat, etwas mehr als die Hälfte des tariflichen Mindestlohns.

Ehe wir Orihuela verlassen, fahren wir noch am Haus von Miguel Hernandez vorbei. Das alte Gebäude mit den zwei Geschossen liegt an der linken Seite der engen, lehmgelben Straße. Die Anwohner wissen, daß der Dichter dort gewohnt hat. Sicher kennen die Alten ihn auch persönlich, aber sie sprechen mit uns Fremden nicht darüber. Wir klingeln, und ein alter Mann öffnet uns. Er ist Rentner, früher hat er als Taxifahrer in Valencia gearbeitet. Das Haus hat er schon vor vielen Jahren gekauft, vom Vater und der Schwester des Dichters. Nach einem kurzen Gespräch fahren wir weiter nach Elche.



...wird der Dichter Miguel Hernandez und sein Werk geehrt.

Die Touristen kennen diesen Ort als die Stadt der Million Palmen. Für die Menschen, die hier leben, für die Arbeiterklasse, sieht das Leben anders aus, als es die Touristen sehen. In Elche, wie in vielen umliegenden kleinen Orten des Landes Valencia, arbeiten sehr viele Werktätige in der Schuhindustrie, der zapataria. Die meisten Betriebe sind klein, mit etwa 400 Arbeitern. An die Frauen vergeben sie Heimarbeit. Es sind meistens junge Mütter, die früher im Betrieb gearbeitet haben und nach der Geburt des Kindes zu Hause bleiben müssen.

Der Streik in der Schuhindustrie

„Wenn wir acht Stunden ranklotzen und zu Hause die Akkordsätze vom Betrieb erreichen, dann können wir mit der Heimarbeit genausoviel verdienen wie früher in der Fabrik, sagt eine Genossin. Die Sache hat allerdings einen Haken: „Wir müssen uns eine eigene Schuhmaschine kaufen, und das ist natürlich sehr teuer. Außerdem müssen wir auch mit unserem Strom die Maschine betreiben, und wir sind nicht sozialversichert."

Aber nicht nur in Heimarbeit werden die Schuhe produziert. Auch kleine Handwerksbetriebe bekommen Aufträge dazu, die sie dann in Schwarzarbeit erledigen. Das dient natürlich alles dazu, die Löhne zu drücken, die Herstellungskosten zu senken und die Profite zu erhöhen. Obwohl die Schuhe im Land Valencia hergestellt werden, ist es keinesfalls so, daß sie dort billiger wären als anderswo. Sie kosten genausoviel wie bei uns in Westdeutschland, wobei man in Rechnung stellen muß, daß der spanische Arbeiter nur etwa 2/3 bis 3/4 vom Lohn seines deutschen Kollegen verdient.

Die Arbeiter in den Schuhbetrieben sind sehr kämpferisch. Streiks und Demonstrationen für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und für politische Forderungen sind an der Tagesordnung. In Pitrel wurde im Januar 1976 bei einer solchen Demonstration ein Sympathisant der Partei erschossen. Es war der erste Mord der Juan-Carlos-Monarchie.

Ende Juni und Anfang Juli haben die Schuharbeiter in Elche einen bedeutenden Streikkampf geführt. Es war ihnen gelungen, in allen Betrieben gleichzeitig loszuschlagen. Wegen der starken Zersplitterung der Kollegen in viele kleine Betriebe und wegen der isolierten Stellung der Heimarbeiterinnen waren die Kampfbedingungen in diesem mehrere Wochen andauernden Streik natürlich schlechter als in einem Großbetrieb. Die Kollegen der OSO und der A. O. A. haben hart dafür gekämpft, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Erfolgreich haben sie die Vollversammlungen der Arbeiter des ganzen Bereichs organisiert. So versammelten sich auf dem Fußballplatz von Elche 20.000 Kollegen.

Die Bevölkerung der Stadt hat den Streik aktiv unterstützt und den Arbeitern auch finanziell geholfen. Durch die Geschlossenheit der kämpfenden Kollegen konnte es auch verhindert werden, daß die Kapitalisten mit Entlassungen gegen die Streikenden vorgingen. Erst Wochen später wagten sie es, einen Vorstoß zu machen und zwei Arbeitern wegen der Streikbeteiligung zu kündigen. Einer der beiden war als Vertreter der OSO bekannt.

Seit dem Streik hat die A. O. A. auch in Elche ein Büro. Es liegt im ersten Stock eines mehrgeschossigen Gebäudes, in einer Straße mit mehreren Schuhwerkstätten. Das Büro besteht aus zwei Räumen, früher war hier mal ein colegio, eine Privatschule. Es gibt sehr viele solcher colegios in Spanien. Aber das ist nicht etwa eine Einrichtung für die Kinder reicher Leute. Die Genossen erzählen mir, daß viele 5 bis 10jährige keinen Platz in den staatlichen Schulen bekommen. Wollen ihre Eltern sie nicht zu Analphabeten heranwachsen lassen, müssen sie aus eigener Tasche das colegio bezahlen.

Eine Arbeiterversammlung

Das Büro ist sehr geräumig, die A. O. A. hat auch das Mobiliar von der Schule übernommen. 70 Personen können sich hier versammeln. Im vorderen Raum ist eine Sitzecke eingerichtet. Ein Schreibtisch steht dort, Bücherregale, Anschlagtafeln. Die Wände sind noch mit Tafelfarbe bestrichen, aus der Zeit, als hier noch Unterricht abgehalten wurde. Jetzt haben die Kollegen der A. O. A. dort ihre Termine notiert. Jeden Abend ist das Büro für zwei Stunden geöffnet. Während dieser Zeit können sich die Kollegen beraten lassen, Hilfe holen für ihre betrieblichen Probleme. Außerdem finden auch kleinere Veranstaltungen statt.

Die Kollegin, die mir die Räume zeigt, ist sehr stolz auf das Büro, es erleichtert die Arbeit erheblich. Allerdings müssen jeden Monat 7.000 Peseten für die Miete aufgebracht werden. Das ist viel Geld. Ein Kollege der OSO holt mich dort im Büro ab. Wir wollen eine Versammlung der Arbeiter aus den Schuhbetrieben besuchen. Die Kollegen treffen sich im Haus der gelben Gewerkschaften, wo es einen großen Saal gibt. Etwa hundert finden sich ein, davon 10% Frauen. Seit dem Streik werden solche Versammlungen einmal wöchentlich durchgeführt.

„Es sind viele Kollegen gekommen", sage ich anerkennend.

Mein Begleiter antwortet: „Damals während des Streiks und unmittelbar danach waren es noch viel mehr. Hier haben wir ständig beraten und festgelegt, welche Schritte wir unternehmen."

Jetzt werden die Versammlungen fortgeführt, um die Einheit der Arbeiter aus den verschiedenen Betrieben weiter zu festigen. Die meisten der Kollegen, die hierher kommen, sind unabhängig. Nur wenige treten als Abgesandte der UGT oder der CCOO auf. Eine Kollegin soll die Versammlungsleitung übernehmen.

„Los Pepa, zier dich nicht", ruft man ihr aufmunternd entgegen, als sie sich nicht so recht traut. „Na gut, dann mache ich es eben", sagt sie und stellt die Tagesordnung auf. Sofort ist es still im Raum, und die Kollegen verfolgen konzentriert, was Pepa sagt. Als erstes wird eine Geldangelegenheit diskutiert.

Es gibt einen Betrieb, in dem die UGT, die Gewerkschaft der Sozialdemokraten, eine führende Stellung einnimmt. Er hat zur Unterstützung eines Streiks 60.000 Peseten bekommen aus der Kasse der Vollversammlung, die hier tagt. Der Streik wurde jedoch abgebrochen, das Geld also nicht gebraucht. Die anwesenden Vertreter des Betriebes weigern sich jedoch, die Unterstützung zurückzugeben. Sie haben das Geld auf ein Sperrkonto eingezahlt und führen als Begründung dafür an: Wenn sie es zurückgeben würden, hätte das nur den Effekt eines negativen Beispiels. Andere Betriebe würden dann in einer ähnlichen Lage die Unterstützung eher verschwenden, als sie zurückzuzahlen.



Eine Versammlung der Arbeiter

Aber mit solchen Sachen kann hier kein Beifall geerntet werden. Die Kollegen sind empört. Das Geld, das wir in den Arbeiterfamilien gesammelt haben, muß selbstverständlich sofort wieder zurückgegeben werden, damit es für die Unterstützung anderer Kämpfe zur Verfügung steht. Der Vertreter des Betriebes stellt sich später als Aktivist der gelben Gewerkschaften heraus. Durch seine ständigen unverschämten Erklärungen blockiert er trotz der Ermahnungen der Versammlungsleitung den Fortgang der Debatte. Als dann die Kollegen per Abstimmung beschließen, daß das Streikgeld zurückgezahlt werden muß, zieht er beleidigt ab.

(Der letzte Teil dieser Reportage erscheint in der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen").

CIA
Mord und Terror im Namen der Demokratie

In Washington untersucht zur Zeit ein Senats-Ausschuß die Tätigkeit des CIA. Nicht etwa, um dieser Verbrecher-Organisation das Handwerk zu legen, sondern um ihrer Schmutzarbeit den Segen der „Verfassung" zu geben. Deshalb wird ein wenig in der schmutzigen Wäsche der Vergangenheit gewühlt, um die konterrevolutionäre Sabotage-Arbeit für die Zukunft „sauberer" erscheinen zu lassen.

Was dabei allerdings mit der Schmutzlauge an die Oberfläche kommt, stinkt so gewaltig, daß kein Weihwasser ausreicht, um den Gestank aus der Welt zu schaffen. Der ehemalige CIA-Chef Colby hat in einem „Spiegel"-Interview ein plastisches Bild dieser Mord- und Terror-Organisation entworfen. Er gab nicht nur Mordversuche des CIA an Patrice Lumumba, Fidel Castro oder an dem chilenischen General Schneider zu. Er plauderte nicht nur aus, daß der CIA bereits nach der Wahl Allendes das chilenische Militär zum Putsch anstachelte und daß CIA-Dollars die Regime von Hussein in Jordanien, Mobuto in Zaire, Perez in Venezuela und Tito in Jugoslawien stützen. Nein, dieser staatlich bezahlte Massenmörder wagte es offen, diesen Terror zu rechtfertigen. Es läge im „Interesse der Demokratie", wenn die Vereinigten Staaten „die politischen Verhältnisse in fremden Ländern beeinflussen".

Damit hat Colby wieder einmal deutlich gemacht, daß der amerikanische Imperialismus vor keinem Verbrechen zurückscheut, um seine Herrschaft über andere Völker zu sichern. Dabei ist es die Aufgabe des CIA, unterhalb der Schwelle der militärischen Aggression durch bezahlte Quislinge, durch Unterstützung von Faschisten und Reaktionären die Macht des amerikanischen Monopolkapitals aufrechtzuerhalten. Daß dieses Einsetzen von faschistischen Regimen in Korea, Taiwan, Indonesien, Iran usw. durch Terror und Folter das Leben von Millionen Menschen gekostet hat, läßt diesen offiziellen Vertreter des amerikanischen Staates kalt: „In manchen Ländern gab es keine demokratischen Kräfte der Mitte. In einem solchen Fall muß man, will man dem Land gegen eine kommunistische Bedrohung helfen, möglicherweise den Rechten helfen."

Daß diese „Hilfe" Mord und Folter einschließt, dafür ist der ehemalige Chef des CIA, Colby, ein treffendes Beispiel. Dieser Killer hat persönlich das „Phoenix"-Programm des CIA in Vietnam geleitet, bei dem 20.587 Menschen heimtückisch ermordet wurden. Als „Belohnung" wurde er zum Chef der Operationsabteilung befördert, bekannt als „Abteilung für schmutzige Tricks". In dieser Abteilung wurde zum Beispiel an Drogen gearbeitet, die CIA-Agenten zum „perfekten Mord" befähigen sollen und zugleich die Erinnerung des Täters an die Tat auslöschen. Hier wurde eine Waffe entwickelt, die mit einem tödlichen Giftpfeil schießt, der so klein ist, daß man am Körper des Opfers keine Spuren findet. Colby legte sie 1975 dem Ausschuß vor.

Gerade diese heimtückische und mörderische Tätigkeit des CIA hat vielen Menschen auf der Welt die Augen über den Charakter des US-Imperialismus geöffnet und den Haß verschärft. Die Hinrichtung des CIA-Chefs in Griechenland ist sicher nicht die letzte gerechte Bestrafung dieses Mordgesindels gewesen!

SU-Satellit abgestürzt
Atmosphäre atomar verseucht

Am 24. Januar ist über Kanada der sowjetische Satellit „Kosmos 954" in der Atmosphäre verglüht. Einzelne Teile des Satelliten stürzten auf ein dünnbesiedeltes Gebiet in Nordkanada ab. Der Satellit „Kosmos 954" hatte rund 45 Kilogramm angereichertes, hochradioaktives Uran an Bord. Beim Absturz des Satelliten wurde die Erdatmosphäre radioaktiv verseucht. Möglicherweise wurde auch die Umgebung der Absturzstelle radioaktiv verpestet.

Der Absturz des Satelliten „Kosmos 954" macht drastisch deutlich, was es mit der angeblich friedlichen Erforschung des Weltraums durch die beiden Supermächte auf sich hat. Beide haben im Verlauf der vergangenen 20 Jahre über 10.000 Objekte in den Weltraum geschossen, von denen die meisten militärischen Zwecken dienen. Es handelt sich dabei um Spionagesatelliten und um Satelliten mit neuen Waffensystemen. Auch „Kosmos 954" diente militärischen Zwecken. Das Wettrüsten im All ist untrennbarer Bestandteil der allgemeinen Aufrüstung der beiden Supermächte, ihrer Vorbereitungen auf einen neuen imperialistischen Krieg zur Aufteilung der Welt. Es ist deshalb mehr als heuchlerisch, wenn die amerikanischen Imperialisten jetzt ein Riesengeschrei anstimmen gegen die sowjetischen Sozialimperialisten. Nicht nur, weil Hunderte von amerikanischen Militär- und Spionagesatelliten im Weltraum kreisen, sondern auch deshalb, weil immerhin schon drei amerikanische Satelliten mit Atombatterien abgestürzt sind.

Zivildienstleistende im Kampf
7000 demonstrierten in Dortmund

Dortmund, 28. Januar. In den Straßen der Innenstadt demonstrierten an diesem Tag über 7.000 Kriegsdienstverweigerer. „Wir wollen keine Kasernierung, keinen Zwangsarbeitsdienst und keine Gewissensinquisition!" — Das sind ihre Parolen. Sie kämpfen gegen die umfassenden Angriffe des Bonner Staates, das demokratische Recht auf Kriegsdienstverweigerung einzuschränken, sie stärker zu unterdrücken und die Pläne, den Ersatzdienst zu militarisieren und die Ersatzdienstleistungen in die Kriegsmaschinerie des westdeutschen Imperialismus einzugliedern.



2. Strafverfahren

a) Wer eine - mündliche oder schriftliche - Anordnung bekommt, den Dienst aufzunehmen und gegenüber dem Vorgesetzten demonstrativ zu erkennen gibt, daß er die Anordnung nicht befolgen will, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft (§ 54 Abs. 1 Nr. 1 ZDG).

b) Wer (ohne Demonstration) eine Anordnung nicht befolgt, macht sich in gleicher Weise strafbar, wenn die Anordnung erfolglos wiederholt worden ist (§ 54 Abs. 1 Nr. 2 ZDG).

c) Wer sich länger als 3 Tage dem Zivildienst entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft (§ 52 ZDG).

Die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML, unterstützt diesen Kampf und verteidigt das demokratische Recht auf Kriegsdienstverweigerung, obwohl sie die Verweigerung als untaugliches Mittel im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ansieht. Rotgardisten verteilten während der Demonstration Flugblätter, und als die Demonstranten die Dortmunder Innenstadt erreichten, flatterte vom Dach eines Kaufhauses ein großes Transparent mit der Aufschrift: „Sofortige Schließung des Vinckehofs! — Rote Garde". Der Vinckehof in Castrop-Rauxel ist die erste Zivildienstkaserne in der Bundesrepublik.

Die Bundesregierung hatte mit allen Mitteln versucht, die Streiks und die Demonstration der Kriegsdienstverweigerer zu verhindern. Am 18. Januar verschickte das Bundesamt für den Zivildienst ein geheimes Rundschreiben an alle Dienststellenleiter, in denen sie aufgefordert werden, alle möglichen Repressalien gegen streikende Ersatzdienstleistende zu ergreifen, sie disziplinarisch zu bestrafen und vor die Gerichte der bürgerlichen Klassenjustiz zu zerren. Zivildienstleistende haben kein Streikrecht. Wer trotzdem streikt, muß mit der höchsten Disziplinarstrafe rechnen. Ausdrücklich heißt es in dem Rundschreiben:

„Ich mache darauf aufmerksam, daß bei der Ahndung entsprechender Dienstvergehen der Rahmen der Disziplinarmaßnahmen bis zur Höchstgrenze der Geldbuße (Sold für vier Monate) ausgeschöpft werden kann." Außerdem sollen die Namen der streikenden Kriegsdienstverweigerer erfaßt und an die zentrale Computerkartei weitergegeben werden. Dem Rundschreiben ist dafür extra ein spezielles Formblatt beigefügt.

Und um das Maß voll zu machen, wird den Ersatzdienstleistenden außerdem mit Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren gedroht, falls sie es wagen sollten, an den Streiks und der Demonstration teilzunehmen. Es heißt dort: **„Wer eine mündliche oder schriftliche Anordnung bekommt, den Dienst aufzunehmen und gegenüber dem Vorgesetzten *demonstrativ* zu erkennen gibt, daß er die Anordnung nicht befolgen will, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren verurteilt."**

Um „nichtdemonstrative Verweigerungen" von vornherein auszuschließen, haben die Dienststellenleiter die Anordnung erhalten, jeden Ersatzdienstleistenden vorsorglich für den 27. und 28. Januar zum Dienst aufzufordern und sich diese Anordnung schriftlich bestätigen zu lassen.

Die Demonstration in Dortmund hat jedoch gezeigt, daß die Ersatzdienstleistenden sich nicht haben einschüchtern lassen. Der entschlossene Kampf ist der einzige Weg, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen.

Kaverne angebohrt
Ölkatastrophe in Ahaus

In den Salzstöcken von Ahaus an der niederländischen Grenze befindet sich schon seit längerer Zeit ein riesiges Rohöllager. Bei Bohrungen wurde jetzt eine der Kavernen angebohrt, und eine noch unbekannte Menge Rohöl floß aus.

Die Ausmaße dieses Unglücks sind selbst nach offiziellen Angaben „noch nicht absehbar". Sicher ist bisher, daß ein Gebiet im Umkreis von sechs bis acht Kilometern verseucht wurde. Für die Trinkwasserversorgung der Bewohner von Ahaus und Umgebung kann das katastrophale Folgen haben. Eine weitaus größere Katastrophe mit verheerenden Folgen für die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung von Ahaus hätte jedoch gedroht, wenn der Plan der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen" bereits verwirklicht worden wäre. Diese Gesellschaft will nämlich — gemeinsam mit der STEAG — die Salzkavernen von Ahaus als Zwischenlager für hochradioaktiven Atommüll verwenden. Ein entsprechender Antrag ist bereits gestellt und seine Genehmigung gilt als sicher.

Solange bis irgendwo in der Bundesrepublik eine Wiederaufbereitungsanlage in Betrieb genommen wird, soll hier der gesamte Atommüll aus den Kernkraftwerken der Bundesrepublik gelagert werden, um nach und nach in die Wiederaufbereitungsanlage von La Hague in Frankreich transportiert zu werden.

Das Ölunglück von Ahaus macht drastisch deutlich, wie es mit der vielgepriesenen Sicherheit der Salzkavernen in Wirklichkeit aussieht.

Die Bevölkerung von Ahaus und Umgebung ist deshalb zur Recht über den verbrecherischen Plan der Atommonopole und der Bundesregierung empört. Ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das Leben der Werktätigen sind sie bereit, ihr Atomprogramm, das den Konzernen riesige Profite verspricht, durchzuziehen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12 (Nähe Götzenturm), geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Dr 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4652807, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.